

**Einwohnerratssitzung 2012/2013
Protokoll Nr. 7**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 7. März 2013**
Sitzungszeit 15:00 Uhr – 18:40 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll	Janine Lipp	
Direktwahl	041 329 63 09	7. März 2013

Anwesend

Präsident

Heini Martin

Einwohnerrat

33 Mitglieder

Gemeinderat

4 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Solari Guido

Protokoll

Burkhardt Petra
Lipp Janine

Entschuldigt

Frey Maurus
Gartmann Hans
Winiker Paul

Traktanden

1.	<u>Mitteilungen</u>		Seite 259
2.	<u>Protokoll Nr. 4</u> vom 29. November 2012 & <u>Protokoll Nr. 5</u> vom 13. Dezember 2012		Seite 260
3.	<u>Fragestunde</u> (max. 30 Min.)		Seite 261
4.	<u>Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative „Sichere Veloverbindung Kriens – Luzern“, Fristerstreckung Behandlung</u>	Nr. 022/13	Seite 264
5.	<u>Bericht Postulat Piazza: Stopp – Verkehrsproblem – Kriens</u>	Nr. 281/11	Seite 270
6.	<u>Bericht Postulat Koch: Mehreinnahmen für die Gemeinde Kriens dank der Vermietung von ungenutzten, gemeindeeigenen Dachflächen für die Erstellung von Photovoltaikanlagen</u>	Nr. 320/12	Seite 273
7.	<u>Bericht Postulat Portmann: Einführung einer Einbürgerungspauschale</u>	Nr. 321/12	Seite 274
8.	<u>Beantwortung Interpellation Schwizer: “Rechenzentrum Emmen“</u>	Nr. 007/12	Seite 276
9.	<u>Beantwortung Interpellation Zosso: „Luzern Süd“ Stadtentwicklung im Schlund</u>	Nr. 013/12	Seite 282
10.	<u>Postulat Hahn: Keine Fahrzeuge „Made in China“ im Fahrzeugpark</u> <i>Begründung</i>	Nr. 020/13	Seite 284
11.	<u>Postulat Meyer: Prüfung der Nachkommenserschafts-steuer in Kriens</u> <i>Begründung</i>	Nr. 021/13	Seite 288

Neueingangsliste

Nr. 321/12	Bericht Postulat Portmann: Einführung einer Einbürgerungspauschale
Nr. 281/11	Bericht Postulat Piazza: Stopp-Verkehrsproblem-Kriens
Nr. 022/13	Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative „Sichere Veloverbindung Kriens - Luzern“, Fristerstreckung Behandlung

- Nr. 320/12 Bericht Postulat Koch: Mehreinnahmen für die Gemeinde Kriens dank der Vermietung von ungenutzten, gemeindeeigenen Dachflächen für die Erstellung von Photovoltaikanlagen
- Nr. 007/12 Beantwortung Interpellation Schwizer: „Rechenzentrum Emmen“
- Nr. 013/12 Beantwortung Interpellation Zosso: „Luzern Süd Stadtentwicklung im Schlund
- Nr. 026/13 Interpellation Tschümperlin: Mehrwertabgabe aufgrund von Umzonungen
Eingang: 6. März 2013

Martin Heini begrüsst alle Anwesenden zur 7. Sitzung in dieser Legislaturperiode. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Luca Wolf.

Die Fasnacht ist vorbei, die Zeit der Ausgelassenheit, die Gelegenheit, mal aus sich herauszukommen und über den eigenen Schatten zu springen. Es wird Frühling, lange und sonnige Tage stehen bevor, Glücksgefühle, Liebes- und Lebensfreuden beherrschen uns immer mehr. Zufriedenheit macht sich breit. Und dann: Vor einer Woche musste die ernüchternde Erkenntnis gemacht werden, dass dies alles nicht alle Menschen erreicht, wie z.B. den Amokläufer von Menznau. Sind wir aufmerksam unseren Mitmenschen gegenüber, hören zu, probieren zu verstehen, Aufmerksamkeit schenken, kommunizieren und Leute in den Alltag einbinden

Er dankt allen für die Flexibilität, es hat somit gut geklappt mit Sitzungsbeginn um 15.00 Uhr.

Entschuldigt haben sich Paul Winiker und Maurus Frey. Hans Gartmann ist in den Ferien. Unter den Mitteilungen kommt er auf die Abwesenheit des Gemeindepräsidenten und von Maurus Frey zu sprechen.

Die Pause ist von 17:00 Uhr bis 17:20 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste sind nach Martin Heini keine Änderungsanträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Die Medienmitteilung betreffend Gesundheitszustand von Paul Winiker wurde zugestellt. Sein Zustand ist stabil und er lässt den ganzen Einwohnerrat grüssen. Er befindet sich nach dem Spitalaufenthalt und den verschiedenen Tests zu Hause, um sich zu erholen. Es ist vorgesehen, dass er schrittweise die Arbeit in der übernächsten Woche wieder aufnimmt. Die Stellvertretungsregelung im Gemeinderat ist in Kraft, sodass auch heute alle Geschäfte behandelt werden können.

Es wurde eine Karte vorbereitet. Diese wird jetzt dann in Umlauf gesetzt. Es sollen alle die wollen auf dieser Karte unterschreiben. Das Präsidium wird dafür sorgen, dass Paul Winiker die Genesungswünsche erhält.

Maurus Frey hat sich sehr kurzfristig entschuldigt. Er hat am 4. März 2013 seinen Sohn Juri Matteo bekommen. Ihm wird an dieser Stelle herzlich gratuliert. Aus diesem Grund hat er sich entschuldigt. Die Familie kommt heute nach Hause. Maurus Frey wird auf Grund seiner Familiengründung seinen Lebensmittelpunkt nach Luzern verschieben. Somit tritt er per 31. August 2013 aus dem Einwohnerrat zurück.

Am 14. Februar durfte Martin Heini Alfons Graf zum 60. Geburtstag gratulieren. Er hofft, dass er von niemandem sonst den Geburtstag vergessen hat.

Die Einladung zum Ratsausflug vom 15. Juni 2013 liegt auf. Aus organisatorischen Gründen bittet er um Anmeldung von 1 oder 2 Personen, bis am 14. April 2013. Besondere Wünsche sollen bitte auch gleich mitgeteilt werden wie z. B. Vegetarier.

Mitteilungen seitens des Gemeinderates

Matthias Senn informiert bezüglich der Medienmitteilung „Zukunft Kriens, leben im Zentrum“. Nach der Budgetabstimmung 2012 mussten gewisse Projekte zurückgestellt werden. Das Projekt „Zukunft Kriens: Leben im Zentrum“ wurde sistiert. Der Gemeinderat hat am 20. Februar 2013 das weitere Vorgehen besprochen. Die Planungen können nun abgeschlossen werden. Bis am 15. April läuft die Investorensubmission für das Gemeindehaus-Areal. Der Gemeinderat möchte die Zeit nutzen, um die Bevölkerung über das Gesamtprojekt zu informieren. Am 27. Juni 2013 wird der Einwohnerrat anhand eines Planungsberichtes die Ergebnisse diskutieren. Am 7. November 2013 soll der Baukredit zusammen mit dem Finanz- und Aufgabenplan und Voranschlag 2014 vorgelegt werden. Der Gemeinderat möchte mit diesem Vorgehen für Transparenz sorgen. Die Volksabstimmung ist für den 9. Februar 2014 vorgesehen. Danach wird dann hoffentlich gebaut.

In der Zwischenzeit wurde der Zuschlag für das Teiggi-Areal an die Stiftung Abendrot erteilt. Grundlage der Vergabe ist das Konzept für die Entwicklung des Teiggi-Areals der Stiftung Abendrot mit dem Verein Wohnwerk. Der Verein Wohnwerk Luzern möchte eine Genossenschaft gründen und sich in Zusammenarbeit mit der Stiftung Abendrot an der Bebauung des Teiggi-Areals beteiligen. Die Überbauung beinhaltet eine durchmischte Nutzung wie Wohnen, Gewerbe und Ateliers. Die Stiftung Abendrot erwirbt das Teiggi-Areal für Fr. 12.3 Mio. Ein Gebäude wird in Stockwerkeigentum verkauft, die anderen Objekte sollen vermietet werden.

2. Protokoll Nr. 4 vom 29. November 2012 & Protokoll Nr. 5 vom 13. Dezember 2012

Protokoll Nr. 5, S. 225, letzter Absatz

Matthias Senn beantragt folgende Änderung seines Votums: Wenn der Verkauf Mattenhof abgelehnt wird, muss ein neuer Investor gesucht werden, was aufgrund der verschiedenen Landeigentümer schwieriger ist (statt nicht möglich).

Martin Heini stellt fest, dass keine weiteren Änderungsanträge eingegangen sind. Die sprachlichen Fehler wurden nachträglich noch korrigiert. Die Protokolle werden somit genehmigt und an die Protokollführerinnen verdankt.

3. Fragestunde

Gemäss Judith Mathis konnte man Anfangs März in der Neuen Luzerner Zeitung lesen, dass ein Journalist bei der Einwohnerkontrolle nachgefragt hat, ob sich Oskar Schwenk in Kriens abgemeldet hat. Der Journalist erhielt keine Antwort. Er könne seine Anfrage schriftlich einreichen und dies kostet Fr. 15.00. Ist das üblich, dass diese Auskunft etwas kostet?

Guido Solari erklärt, dass dies tatsächlich so passiert ist. Auskünfte von der Einwohnerkontrolle sind grundsätzlich kostenpflichtig, ausser für Amtsstellen.

Martin Heiz möchte wissen, ob die Steuererhöhung durch den Wegzug von Oskar Schwenk nun nichts gebracht hat?

Gemäss Cyrill Wiget ist das Steuerregister nicht mehr öffentlich. Oskar Schwenk war natürlich ein überdurchschnittlicher Steuerzahler.

Thomas Lammer meint, dass man in der Zeitung lesen konnte, dass Kriens nun 50 zusätzliche Asylbewerber aufnehmen muss? Steht das im Zusammenhang mit der Verzögerung des Baus des Asylzentrums?

Lothar Sidler sagt, dass dies damit nichts zu tun hat.

Yanik Kloter fragt wie viel die Mitgliedschaft im Verband der Luzerner Gemeinden kostet?

Cyrill Wiget teilt mit, dass dies Fr. 60'000.00 kostet.

Erich Tschümperlin möchte wissen, ob bezüglich der Asylunterkunft vom Kanton überhaupt ein Baugesuch eingegangen sei? Oder doch noch nicht?

Matthias Senn erläutert, dass die Medienmitteilung dazu bereits vorbereitet wurde. Jedoch ist ein Baugesuch anscheinend noch nicht eingegangen.

Lothar Sidler ergänzt, dass die Bauherrschaft mitgeteilt hat, dass das Baugesuch nun eingereicht wird.

Kathrin Graber ist der Ansicht, das man schon lange am Planen des Zentrums Kriens ist. Nun hört sie heute, dass nicht gleich der Baukredit, sondern erst wieder ein Planungsbericht vorgelegt wird. Braucht es das wirklich, dass wieder ein Planungsbericht vorgelegt wird und nicht vorwärts gemacht wird? Ist der Gemeinderat mit der Abstimmungsvorbereitungen noch nicht so weit?

Gemäss Matthias Senn trifft es nicht zu, dass mit dem Projekt nicht weiter gearbeitet wurde. Bevor jedoch weitere Entscheide fallen, muss die Planung abgeschlossen werden. An der Gewerbeausstellung im Jahr 2011 wurde über das Projekt informiert. Seither wurde die Öffentlichkeitsarbeit zurückgefahren. Es ist wichtig, dass die Einwohnerinnen und Einwohner

nun über das Gesamtprojekt informiert werden können. Der Planungsbericht ist für den Gemeinderat wichtig, weil damit die Planung abgeschlossen und der Einwohnerrat die Möglichkeit erhält, Anpassungen bei den Baukrediten zu beantragen. Er weist jedoch ebenfalls darauf hin, dass die Planungen sehr weit fortgeschritten sind. An der Einwohnerratssitzung vom 7. November 2013 soll als dann nicht mehr über die Teilprojekte sondern eher über die Finanzierung gesprochen werden. Der Gemeinderat steht nach wie vor hinter dem vierblättrigen Kleeblatt der Zentrumsplanung.

Nach Patrick Koch konnte man der Presse entnehmen, dass das Parkieren von Personenwagen auf Pausenplätzen bei Schulhäusern in der Gemeinde Kriens zu Problemen geführt hat. Der Gemeinderat hat in der Folge bei der Securitas eine Offerte eingeholt. Wie kann sichergestellt werden, dass die Einnahmen aus den Bussen die Ausgaben für die Kontrollen decken?

Laut Cyrill Wiget bestehen Erfahrungswerte. Wenn die Polizei die Bussen verteilt, erhält der Kanton diese Gelder. Wenn die Gemeinde die Kontrolle selbst vornimmt, erhält sie die Einnahmen.

Alex Hahn möchte, in Anbetracht der Gemeinde- und Volksinitiative wissen, was das für die Gemeinde kostet?

Guido Solari erklärt, dass dies von verschiedenen Parameter abhängt. Er kann diese Frage deshalb nicht sofort beantworten. Wenn er mehr Informationen möchte, soll er eine Anfrage einreichen.

Mario Urfer stellt fest, dass am 17. März 2013 das Parkbad für die Vorbereitungen der Saison zumacht. Ist es möglich in den nächsten Jahren die Schliessung zu kürzen?

Gemäss Cyrill Wiget besteht die Problematik im Schutz der Bodenfolien. Wenn das Becken leer ist, ist der Schaden schnell passiert. Wenn es sich ergibt, dass die Vorbereitungen auf die Saison eine kürzere Zeit in Anspruch nimmt, wird die Schliessungszeit auch angepasst.

Christine Kaufmann-Wolf war in Sarnen in der Badi. Diese Badi wurde auch erst vor kurzem neu saniert. Auf den Eintrittsbillets wurde die Rückseite für Werbeträger verkauft. Kann sich Kriens das auch vorstellen?

Cyrill Wiget sagt, dass man sich das auch vorstellen kann.

Laut Thomas Lammer hat die FDP ein E-Mail erhalten wegen den Neujahresplakaten, welche sie aufgestellt hatten. Sie wurden darum gebeten diese abzumontieren. Als er danach mit dem Auto unterwegs war, sah er im Schlund noch Plakate der Grünen. Wieso mussten diese nicht entfernt werden?

Laut Cyrill Wiget besteht eine gesetzliche Grundlage bezüglich der Aufstellung von Wahl- und Abstimmungsplakaten. Innerhalb einer Woche nach dem Abstimmungstermin müssen die Plakate entfernt werden. Es ist richtig, dass die Plakate im Schlund vergessen wurden. Dies

ist in der Zwischenzeit erfolgt. Für die Weihnachtsplakate der FDP hingegen besteht keine gesetzliche Ausnahmeregelung. Diese müssten ordentlich bewilligt werden.

Viktor Bienz las in der Presse, dass die Familiengärten der Stadt nur noch an Städtler vergeben werden. Wie viele Krienser sind davon betroffen?

Matthias Senn führt aus, dass er die Situation im Grabenhof kennt. Diese Familiengärten sollen in ca. acht Jahren aufgehoben werden. Die weiteren Familiengarten-Areale der Stadt sollen im Moment bleiben. Im Bereich der Schulanlage Meiersmatt besteht noch Platz für die Anlage von Familiengärten. Zuerst muss die entsprechende Nachfrage vorhanden sein. In ca. fünf Jahren wird man die entsprechenden Abklärungen vornehmen.

Gemäss Kathrin Graber hat der Luzerner Verband Kies + Beton eine Empfehlung für die Verwendung mineralischer Recycling-Baustoffe herausgegeben. Ist dies der Gemeinde bekannt? Wie häufig wird das verwendet?

Matthias Senn ist kein Projekt bekannt wo dies geplant ist. Er kann die Frage so nicht beantworten.

Michael Günter möchte wissen wie die Praxis im Steueramt ist. Anscheinend ist es vorgekommen, dass das Steueramt für das Jahr 2012 bereits Mahnungen versendet hat und mitgeteilt wurde, dass es ab der 2. Mahnung eine Busse gibt. War das ein Fehler?

Nach Cyrill Wiget liegt der Fehler beim LuTax-System. Die Feststellung ist richtig und wurde in der Zwischenzeit korrigiert.

Kathrin Graber hackt nochmals nach und fragt, wie die Recycling-Baustoffe verwendet werden? Und wie häufig?

Matthias Senn kann diese Frage nicht beantworten.

Gemäss Michael Günter konnte man in der Zeitung lesen, dass in Horw die Gemeinde gegen die Höhe von begrünten Zäunen welche höher sind als 1.50 m vorgeht. In Kriens sieht man, dass das nicht eingehalten wird. Was sagt der Gemeinderat dazu?

Cyrill Wiget stellt klar, dass es bei der Horwer-Regelung um die Heckenhöhe in Bezug auf die Seesicht geht. Kriens hat ja keinen See und somit kann die Seesicht nicht verbaut werden.

Michael Günter fragt, ob es dem Gemeinderat bekannt ist, dass gemäss PBG die begrünten Zäune höchsten 1.50 m hoch sein dürfen?

Matthias Senn kennt die einschlägigen Vorschriften.

4. Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative „Sichere Veloverbindung Kriens – Luzern“, Fristerstreckung Behandlung Nr. 022/13

Martin Heini hält fest, dass es in diesem Traktandum einzig und allein um das Fristerstreckungsgesuch geht, damit der Gemeinderat den Bericht und Antrag an der Ratssitzung vom 26. September 2013 vorlegen kann.

Laut Pascal Meyer hat die USK keinen eindeutigen Entscheid fällen können. Ausschlaggebend für das Abstimmungsresultat von 3 Ja gegen 2 Nein war dann eine Grundsatzentscheidung. Will man eine sichere Veloverbindung von Kriens nach Luzern oder eben nicht. Eine Mehrheit konnte dies befürworten und hat somit einer Fristerstreckung und folglich auch einer besseren Abklärung der Fakten zugestimmt. Zu reden gab das Vorgehen des Gemeinderates dennoch, denn eigentlich müsste seit Dezember 2012 die Vorlage zur Beschlussfassung vorliegen. Das wurde verpasst. Und nun drei Monate später liegt bereits wieder ein Fristerstreckungsgesuch vor. Die Begründung, dass der Verkehrsplaner seine Arbeit noch nicht aufgenommen hat, kann nur teilweise befriedigen. Es entsteht das Bild, dass der Gemeinderat das Verkehrsproblem nicht prioritär behandelt. Er hat die Kopplung des Gesamtverkehrskonzeptes an die Gesamtrevision der Ortsplanung verhindert und nun schiebt er eine Gemeindeinitiative weiter hinaus und begibt sich damit erst noch in eine rechtliche Grauzone. Die Arbeit liegt nun beim Verkehrsplaner, welcher nun bald eingestellt wird. Die Mehrheit der USK empfiehlt darum für die Fristerstreckung zu stimmen, damit die nötigen Abklärungen gemacht werden können.

Gemäss Verena Wicki, im Namen der CVP/JCVP/GLP-Fraktion, haben die Jungen Grünen am 12. Dezember 2011 bei der Gemeinde ihre Initiative „Sichere Veloverbindung Kriens - Luzern“ mit 613 gültigen Unterschriften eingereicht. Am 14. Dezember 2011 hat der Gemeinderat festgestellt, dass die Initiative zustande gekommen ist. Ende März 2012 hat der Gemeinderat das erste Fristerstreckungsgesuch bis zum 10. Juni 2013 unterbreitet. Der Gemeinderat begründete damals die Erstreckung damit, dass eine ganzheitliche Betrachtung der Hauptachsenproblematik vorgenommen werden muss. Dafür müsse das Gesamtverkehrskonzept abgewartet werden. Der Gemeinderat versuchte, aus der Erarbeitung des Gesamtverkehrskonzeptes möglichst viele Informationen zum vorgeschlagenen Verkehrsregime zu erhalten.

In der Einwohnerratssitzung vom 3. Mai 2012 hat nur die CVP/JCVP-Fraktion einer Fristerstreckung mit 8 Stimmen zugestimmt. Zu diesem Zeitpunkt war eine Fristerstreckung noch sinnvoll, weil dies die Möglichkeit geschaffen hätte, innert Frist etwas Gescheites zu erarbeiten. Die SVP, FDP, die SP und Grünen wollten die Initiative möglichst rasch dem Volk vorlegen. Man dürfe die Initianten nicht mehr länger hinhalten. Die Verkehrsprobleme würden nicht ernst genommen und immer wieder hinausgeschoben. Der Antrag des Gemeinderates um Fristerstreckung wurde daher mit 25:8 Stimmen sehr deutlich abgelehnt. Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag schlägt der Gemeinderat wiederum eine Fristerstreckung vor.

Das Anliegen der Initianten, eine sichere Veloverbindung zwischen Kriens und Luzern zu schaffen, findet die CVP/JCVP/GLP-Fraktion wichtig. Es ist sinnvoll, dieses Anliegen zu prüfen und in die Planung des zukünftigen Verkehrsregimes und der Hauptverkehrsachse miteinzubeziehen. Doch dazumal und heute liegt kein inhaltlicher Antrag, sondern ein Verfahrensantrag vor. Innert welcher Frist muss diese Initiative behandelt werden? In der Tat ist die Begründung, dass die Mobilitätsfachstelle erst per 1. April 2013 besetzt werden kann, ein wichtiges Kriterium. Doch schon vor einem Jahr wurde kritisch hinterfragt, ob der Mobilitätsfachmann in so kurzer Zeit überhaupt ein griffiges Konzept vorlegen könnte. Die Planung war damals bis 2014 gedacht. In der Zwischenzeit hat sich die Besetzung der Mobilitätsfachstelle

tatsächlich als schwierig herausgestellt und kann nur mit grosser Verzögerung endlich besetzt werden. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion wünscht dem neuen Fachmann herzlich alles Gute für seinen Stellenantritt und möchte sein Fuder nicht von vornherein mit überbordenden Erwartungen überlasten. Sie stellen sich ernsthaft die Frage, ob er überhaupt in der Lage sein kann, bis zur Septembersitzung einen griffigen Bericht zu verfassen, der es erlaubt, über diese Initiative fundiert abzustimmen. Weiter kommt ein rechtlicher Aspekt dazu, der berücksichtigt werden muss. Initiativen müssen aufgrund kantonaler gesetzlicher Vorschriften innert Jahresfrist seit dem Zustandekommen dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Der Einwohnerrat kann diese Frist einmal um maximal 6 Monate erstrecken. Eine Fristerstreckung wäre aufgrund der gesetzlichen Vorschriften zur Behandlung von Volksrechten nur bis Juni 2013 möglich. Die Initiative hätte dem Einwohnerrat bis spätestens Dezember 2012 zur Beschlussfassung vorgelegt werden müssen. Weil der Gemeinderat dies nicht tat, hat er den Willen des Einwohnerrates und auch die gesetzlichen Bestimmungen nicht beachtet. Dies ist aus Sicht der Sprechenden schwerwiegend, da es um Volksrechte geht. Gleichzeitig ist es bedauerlich, wenn der Vorschlag der Initiative inhaltlich nun das Risiko hat, dass er nicht gebührend geprüft werden kann.

Aus diesen Gründen lehnt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion den Antrag mehrheitlich ab. Die Vorlage muss, wie vom Gesetz vorgeschrieben, möglichst rasch dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden, auch wenn jetzt die Vorbereitungszeit sehr kurz ist. Es geht auch darum, dass Volksrechte ordnungsgemäss gewahrt und umgesetzt werden. Sie können nicht Hand bieten wenn es darum geht, gesetzliche Vorschriften zu missachten.

Die SVP-Fraktion ist laut Patrick Koch sehr erstaunt über das Vorgehen des Gemeinderates. An der Einwohnerratssitzung vom 3. Mai 2012 beantragte der Gemeinderat eine Fristverlängerung zur Behandlung der Initiative im Einwohnerrat bis zum 10. Juni 2013. Dieser Bericht und Antrag wurde vom Einwohnerrat mit 25:8 Stimmen klar abgelehnt. Im neuen vorliegenden Bericht wird dieser Aspekt einfach negiert. Heute ist der 7. März 2013, die Initiative wurde im Einwohnerrat immer noch nicht behandelt. Stattdessen soll das Parlament über eine weitere Fristverlängerung bis zum 26. September 2013 befinden. Die SVP-Fraktion fühlt sich vom Gemeinderat hinters Licht geführt. Den Initianten muss es wohl gleich ergehen. Es ist nicht richtig, wenn ein Volksbegehren einfach hinaus geschoben wird. Er fragt sich, wie es um die Volksrechte in der Gemeinde bestellt ist. An der Einwohnerratssitzung vom 3. Mai 2012 hat Bruno Bienz im Namen der Grünen richtig erkannt, dass das Verschleppen von Volksinitiativen auf kantonaler und eidgenössischer Ebene leider vorkommt, aber dass jetzt solche Spiele auch auf der Gemeindeebene stattfinden, findet er bedenklich.

Weiter fragt sich die SVP-Fraktion was eine weitere Fristverlängerung überhaupt bringen soll. Der neue Verkehrsplaner tritt die Stelle am 1. April 2013 an. Soll er sich diesem Geschäft gleich in der Einarbeitungszeit ohne Vorkenntnisse der Schachen- und Amlehnstrasse annehmen? Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Es wäre vermutlich gescheiter, das Anliegen würde bei der Erarbeitung eines Gesamtverkehrskonzeptes geprüft. Mit Verkehrssimulationen würden die Auswirkungen auf den Gesamtverkehr ersichtlich. Dabei müssen auch die Folgen der Sanierung der K4 (Streckenabschnitt Busendschleife Obernau) aufgezeigt werden. Sie wollen keinen Verkehrskollaps auf der Hauptachse. In diesem blieben auch die Busse stecken. Die Sache muss seriös abgeklärt werden. Schnellschüsse sind zu vermeiden. Die SVP wird ganz genau hinschauen. Sie werden einer Abwürgung des Individualverkehrs nicht tatenlos zusehen und einen Blumenkistenparcours auf der Schachen- und Amlehnstrasse bekämpfen. Die Gemeinde hat kein Geld für Spielereien. Auch wenn das Postkutschenzeitalter sicher sehr idyllisch war, möchten sie keine Zeitreise ins 19. Jahrhundert antreten. Für sie hat sich die Ausgangslage seit der Sitzung vom 3. Mai 2012 nicht geändert. Die SVP-Fraktion lehnt den Bericht und Antrag für eine weitere Fristverlängerung einstimmig ab. Daniel Piazza hat mit seinem Vorstoss den Verkehrsplanungsprozess mit angestossen. Er hat richtig erkannt, dass

eine Aktualisierung und Ergänzung des Verkehrsrichtplanes hin zu einem Gesamtkonzept erfolgen muss. Sie können jedoch die Haltung des Gemeinderates nachvollziehen, dass er jetzt keinen detaillierten Bericht liefern kann. Die SVP-Fraktion freut sich auf konstruktive Zusammenarbeit in der Verkehrsplanungskommission. Voraussetzung dafür ist eine ausgewogene Zusammensetzung derselben.

Mara Dalla Bona hält im Namen der FDP-Fraktion fest, dass am 3. Mai 2012 eine grosse Mehrheit des Parlamentes eine Fristerstreckung bezüglich der Initiative „Sichere Veloverbindungen Kriens-Luzern“ abgelehnt hat. Man erachtete es vor allem als sinnvoll, die Meinung des Volkes einzuholen, damit man im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts auch weiss, in welche Richtung man planen soll. Trotz dieser Ablehnung der Fristenerstreckung hat der Gemeinderat dem Einwohnerrat die Bearbeitung dieser Initiative nicht termingerecht vorgelegt und beantragt stattdessen eine neue Fristverlängerung. Der Wille des Einwohnerrates wurde nicht umgesetzt und das befremdet die FDP-Fraktion sehr. Die FDP-Fraktion ist auch heute noch der Überzeugung, dass die Initiative abgelehnt werden muss. Die geforderte Umsetzung der Idee würde das Verkehrsproblem in Kriens nur verstärken. Die Geschwindigkeit von 40 km/h auf der Amlehn- und Schachenstrasse hat sich zudem seit Jahren bewährt und die Velofahrenden geniessen erst noch auf dieser Strecke den Vortritt. Auch müssen für die Verkehrsproblematik in der Gemeinde Lösungen gefunden werden, welche für die Mehrheit der Bevölkerung von Vorteil sind. Selbst die VBL, die Dienststelle wif und der Verkehrsverbund halten es für unmöglich, eine der drei Hauptachsen nur noch für den Langsamverkehr zugänglich zu halten.

Nichts desto trotz stimmt die FDP-Fraktion heute einer Fristverlängerung zu. Sie anerkennt die neue Situation mit dem Verkehrsingenieur und will diesem auch Zeit geben für die Einarbeitung, eine fachtechnische Prüfung des Anliegens und die Verfassung des Berichtes. Ob in 6 Monaten jedoch neue Erkenntnisse vorliegen bezweifeln sie.

Peter Fässler zitiert für die SP/Juso-Fraktion aus dem Bericht und Antrag: *„Die Komplexität der Langsamverkehrsachse, insbesondere der Abhängigkeit mit der Kantonsstrasse, die Belastung durch den Schwerverkehr, die Situation der grossen Schulanlage, die Parkanlagen und Kinderspielplätze angrenzend an die Strasse, die defekte Ampelanlagen erlauben keinen verkehrstechnischen Schnellschuss!“* Kann man nach zwei Jahren Bedenkzeit, Handlungszeit, Abklärungszeit jetzt von einem Schnellschuss sprechen? Haben sich die Verhältnisse auf dieser Strasse in den letzten Jahren radikal geändert? Hat sich die Situation für Velofahrende und Autofahrende in den letzten Jahren stark verbessert? Die Antwort lautet klar nein. Oder hat er sich als relativ neues Ratsmitglied noch nicht an das Tempo im Rat und in der Politik gewöhnt?

Peter Fässler denkt, das Hauptproblem liegt nicht in der Verkehrstechnik, sondern in der Verkehrspolitik. Eine Verkehrspolitik, die in der Schweiz wie in Kriens mehrheitlich (noch) vom automobilen Individualverkehr geprägt ist. Veloland Schweiz? Mit Nichten. Der Veloanteil der zurückgelegten Wegetappen sank im Durchschnitt der Schweiz zwischen 2000 und 2010 um 1.3% auf 4.8%. Im Kanton Luzern besitzt gut die Hälfte der Haushalte über mehrere Velos. In Luzern beträgt der Anteil zurückgelegten Fahrten per Velo ca. 6 %. Einer dieser Personen ist auch der Sprechende. Täglich fährt er auf der Amlehnstrasse am Morgen Richtung Luzern und am Abend Richtung Kriens. Auf diesen Wegen begegnet er oftmals noch andern Personen auf dem Velo, die hier in diesem Saal sitzen. Es ist die wichtigste Veloverbindung zwischen Kriens und Luzern für die Velofahrenden. Aber leider nicht die Sicherste. In den Stosszeiten sind die Velostreifen auf der Amlehn- und Schachenstrasse durch die im Stau wartenden Autos blockiert. Sollen nun die Velos auch im Stau stehen bleiben und die Abgase der Autos einatmen. Oder soll Mann und Frau auf die Trottoirs ausweichen und Fussgänger ge-

fährden? Sein Eindruck und der vieler Mitbewohner in Kriens ist der, dass der Langsamverkehr auch in Kriens keine grosse Priorität besitzt. Dabei wäre gerade die Förderung des Veloverkehrs ein ausgezeichnetes Mittel, um Strassen weniger stauanfällig, sicherer und im Endeffekt günstiger zu machen. Sichere Veloverbindungen, die nicht nur Kosmetik sind oder einem Flickenteppich gleichen, können vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern den Umstieg auf ein Zweirad erleichtern. Besonders heute, da Elektrovelos im Trend sind und für die Topografie der Gemeinde Kriens bestens geeignet sind.

Patrick Koch stellt einen Ordnungsantrag. Es geht in diesem Bericht und Antrag nur um die Fristerstreckung, nicht um den Inhalt.

Martin Heini meint, dass dieser Ordnungsantrag vielen hier im Saal entspricht. Deshalb wird hierüber nicht abgestimmt. Er bittet, dass sie sich auf die Fristerstreckung beziehen und nicht auf den Inhalt.

Peter Fässler setzt fort, dass es da noch einen Punkt gibt, welchen ihn betroffen macht. Im Dezember 2011 reichen junge, politisch interessierte Menschen, die sich soeben in einer Partei zusammen geschlossen haben, voller Zuversicht, Freude und Tatendrang eine Gemeindeinitiative ein. In der Erwartung, etwas für die Bevölkerung von Kriens bewegen zu können. Und was müssen sie erleben. Ihre Arbeit, in der viel Herzblut steckt, wird auf die lange Bank geschoben. Sie fühlen sich nicht ernst genommen. Junge Menschen, die etwas gegen die grassierende Politverdrossenheit in der Bevölkerung unternehmen und welche die Zukunft mitgestalten wollen. Diese jungen Menschen haben dies sicher nicht verdient. Wo bleibt das Gespür bei den politischen Entscheidungsträgern? Der Gemeinderat begründet die erneute Verlängerung für die Behandlung mit der Schaffung der neuen Mobilitätsstelle in Kriens. Dies scheint eine logische Begründung zu sein und spricht für eine Verlängerung. Wenn man dann allerdings all die Projekte sieht, die diese anzustellende Person zu bearbeiten hat, schwindet die Zuversicht, einen fundierteren Bericht dann in einem halben Jahr zu erhalten. Kann in so kurzer Zeit eine ganzheitliche Sicht der Verkehrsproblematik gewonnen und eine ausgewogene Lösung erarbeitet werden? Heute wäre eine sofortige Antwort sicher ein nichtssagender Schnellschuss, um den Einwohnerrat zu besänftigen und zufrieden zu stellen. Und in 6 Monaten? Und wie werden die Resultate der Verkehrsgruppe aus dem Projekt „Wir sind Kriens“, die sich auch mit der Verkehrsproblematik befasst, in einen solchen Bericht eingebunden? Es braucht fundierte Argumente, wenn die Gemeindeinitiative zur Abstimmung kommt. Für stichhaltige Argumente ist die Bearbeitungszeit ohne Verlängerung zu kurz. Das spricht wieder für eine Verlängerung. Die Diskussionen innerhalb der SP/Juso-Fraktion wurden aus den aufgeführten Gründen sehr kontrovers geführt. Sie sind aber mehrheitlich für das Eintreten.

Fabian Takacs bedankt sich im Namen der Grüne/JG, beim Gemeinderat, dass er sich nach über 15 Monaten bequem hat, ein Volksanliegen endlich wieder aus der Schublade zu nehmen. Eine Fristenerstreckung, wie sie der Gemeinderat hier zum zweiten Mal beantragt, kann grundsätzlich sinnvoll sein. Im Zusammenhang mit der JG-Initiative ist es jedoch einfach eine lächerliche Art und Weise, ein bestehendes, wichtiges Problem vor sich her zu schieben. Nämlich das Problem des Krienser Verkehrschaos. Die Initiative der Jungen Grünen zeigt aufs Neue, dass der Gemeinderat die Anliegen von Jungparteien nicht so ernst nimmt. Ebenfalls hat der Gemeinderat wieder einmal bewiesen, dass er in seiner Politik mit verschiedenen langen Ellen misst. Zur Veranschaulichung: Ein Privat-Investor pfeift rasch und der Gemeinderat kommt angelaufen. Der Kanton pfeift wieder einmal. Der Gemeinderat rennt und nickt. Eine Immobilienfirma pfeift, weil sie gierig auf ein Landstück ist. Der Gemeinderat kommt angelaufen und nickt. Er drückt eine Volksabstimmung noch vor Einreichung des Referendums

durch. Diese Liste ist nach Belieben zu erweitern. Die Jungen Grünen reichen eine Initiative für mehr Sicherheit auf den Strassen ein und das einzige was der Gemeinderat macht, er pfeift drauf. Diese Beispiele verdeutlichen das normale Muster, welches in der Gemeindepolitik vorherrscht. Anliegen von Jungen werden einfach im Stau bzw. Regen stehen gelassen. Im Herbst 2011 haben die Jungen Grünen mit ihrer Volksinitiative den Finger auf einen wunden Punkt gelegt. Nämlich auf das Krienser Verkehrsproblem. Der Krienser Verkehr ist nicht nur hässlich, stinkend und langsam, nein er ist auch sehr gefährlich. Und am gefährlichsten ist der Verkehr für die Fussgänger und Velofahrenden. Sie sind die Schwächsten auf der Strasse und so kommt es immer wieder zu bösen Unfällen. Das Politik-Establishment kann es sich nicht leisten, dass es wegen mangelnden Bestrebungen und fehlender Motivation für sicherere Infrastruktur, zu Unfällen kommt, die man hätte verhindern können.

Die Grüne/JG-Fraktion ist aber erfreut, dass die Gemeinde Kriens nach jahrelangem nichts machen endlich versucht, das Verkehrsproblem in den Griff zu bekommen und einen Verkehrsingenieur auf den 1. April 2013 einstellt. Die Gemeinde hat nämlich ihre Bürgerinnen und Bürger jahrelang einfach im Stau stehen gelassen und dabei auf gut Glück gehofft, dass sich das Problem dann schon löst. Es ist aber Wunschdenken, wenn man davon ausgeht, dass diese neu eingestellte Person alleine diesen gordischen Verkehrsknoten lösen kann. Das Portfolio des Verkehrsingenieurs ist schon vor seinem Antritt am überlaufen. Was warten alles für Projekte auf den Verkehrsingenieur? Die Antwort darauf liefert das Postulat Piazza: Wettbewerb in Luzern Süd, K4, Erschliessung Mattenhof und Eichhof etc. Die Befürchtung des Sprechenden ist, dass dieser Verkehrsingenieur eine Alibiübung der Gemeinde wird. Das Problem hierbei ist, dass sich der Gemeinderat viel zu viele Projekte aufhalst, sie aber nie abschliesst.

Es liegt nicht im Interesse der Jungen Grünen einen verkehrstechnischen Schnellschuss zu fabrizieren, so wie es in der Antwort des Gemeinderates geschrieben steht. Ist man mal ehrlich und realistisch. Nach der heutigen Fristenerstreckung wäre die Initiative schlussendlich 22 Monate im Schreibtisch gelegen. Wer erst nach 22 Monaten schießt, hat keinen Schnellschuss gemacht, sondern gehört wahrscheinlich zu den schlechtesten Cowboys in der Stadt. Jetzt ist es wichtig, dass ein Zeichen gegen die Larifari-Politik des Gemeinderates gesetzt wird. Es ist undemokratisch, wenn man die Probleme einfach so vor sich her schiebt. Und es muss Schluss damit sein, dass sich der Gemeinderat immer neue Projekte aufhalst und sie nicht beenden kann.

Cyrrill Wiget bedankt sich für die Überlegungen. Es ist völlig verständlich, dass das Parlament entsetzt darüber ist, das der Gemeinderat zwei Mal verlängern möchte. Es ist sicher problematisch. Der Gemeinderat hat durchaus auch Schelte erwartet. Er habe jetzt von zahlreichen Parteien gehört, dass es schnell gehen soll. Aber auf die Abstimmung der Abzocker-Initiative musste man auch 5 Jahre warten. Der Gemeinderat hat den Weg gesucht, wie sie am Schnellsten hier im Einwohnerrat eine Vorlage besprechen können. Die Alternative wäre, dass der Gemeinderat die Initiative ohne konkretes Projekt vorlegt. Der Einwohnerrat hätte dann wahrscheinlich gesagt, dass sie nicht darüber reden, wenn sie nicht wissen was kommen soll und ob es technisch möglich ist. Die Fristverlängerung ist ein Angebot, damit über ein konkretes Projekt gesprochen werden kann. Zuerst muss das ganze Verkehrskonzept von Kriens überarbeitet werden. Die Verkehrsprojekte wurden im Auftrag des Einwohnerrates sistiert. Das Verkehrskonzept muss jedoch nun vorgezogen werden. Der Gemeinderat möchte, dass man über die inhaltlichen Vorschläge reden kann, aber diese können nur von einem Verkehrsplaner geplant werden. Sie möchten politisch gut argumentieren können. Politisch gesehen wäre es richtig gewesen, wenn ein Vorschlag aufgelegt worden wäre. Aber auch ein anderer Weg führt nach Rom. Insofern kann man hier über die Fristverlängerung abstimmen. Zu einem späteren Zeitpunkt kann noch mehr darüber diskutiert werden. Der Gemeinderat möch-

te eine sichere Radverbindung. Es gibt zahlreiche Konflikte. Der Gemeinderat möchte vermeiden, dass bei schweren Unfällen die Schuld den Politikern angelastet wird.

Viktor Bienz möchte noch etwas loswerden. Ihn stört eines. Es gibt Gesetze. Im Einwohnerrat hat jeder den Schwur oder das Gelübde abgegeben. Nun bekommt der Einwohnerrat vom Gemeinderat etwas vorgelegt, was sie nicht vertreten können. Gegenüber dem Volk scheinen sie dann nicht mehr glaubwürdig.

Martin Heini liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Für die Behandlung der Gemeindeinitiative "Sichere Veloverbindung Kriens – Luzern" im Einwohnerrat wird eine Fristerstreckung von 6 Monaten gewährt. Die Behandlung der Initiative erfolgt somit an der Sitzung des Einwohnerrates vom 26. September 2013.*
2. *Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 022/13:
Der Beschlussestext wird mit 25:6 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	Enthaltung
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kloter, Yanik	nein
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfele, Nicole	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	Enthaltung
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

Martin Heini stellt fest, dass noch Rückkommen vorhanden sind.

Kathrin Graber hält fest, dass die Fristerstreckung jetzt abgelehnt wurde. Jetzt kann vom Gemeinderat keine weitere Fristerstreckung gestellt werden. Sie möchte wissen, ob dies nun am 25. April 2013 inhaltlich diskutiert wird.

Cyrill Wiget möchte sich mit dem Gemeinderat zuerst besprechen. Das Initiativkomitee kann klagen. Der Gemeinderat wird alles unternehmen, um mit dieser inhaltlichen Diskussion so schnell wie möglich bereit zu sein.

Michael Günter war sehr erstaunt darüber, dass man einfach verlängern kann. Dazumal wurde schon mal nein gestimmt. Es scheint ihm als Arbeitsverweigerung.

Cyrill Wiget wiederholt sich, dass er den schnellst möglichen Termin wählen wird. Vorher wird es keine Diskussion geben. Der Gemeinderat hatte eine andere Argumentation. Sie möchten das Verkehrsproblem vorschieben. Das Gesamtprojekt ist ein mehrjähriges Projekt. Vorher hatte die Gemeinde die Ressourcen für die Bearbeitung dieses Projektes nicht.

Erich Tschümperlin möchte den Einwohnerrat und Gemeinderat in die Pflicht nehmen. Man muss sich überlegen, wo die Volksinitiative mit anderen Geschäften wie z.B. Mattenhof einzuordnen ist. Es hätten vielleicht die Prioritäten anders gesetzt werden müssen. Hier ist etwas mit der Prioritätensetzung falsch gelaufen.

5. Bericht Postulat Piazza: Stopp – Verkehrsproblem – Kriens Nr. 281/11

Daniel Piazza dankt, im Namen der JCVP, dem Gemeinderat für die eingeleiteten Aktivitäten rund um die Lösung aktueller Verkehrsprobleme und die Arbeit an der Verhinderung zukünftiger Verkehrsprobleme. Da nimmt er eine riesig grosse Sorge in der Bevölkerung auf und verhindert, dass diese Probleme nicht zu einem Standortnachteil werden. Die Initiatisierung der Fachstelle für Verkehrsfragen ist sehr erfreulich. Die Sparmentalität, diese neue Stelle aus den im Stellenplan existierenden Stellenprozenten zu besetzen, ist löblich. Es zeigt, dass die Lösung der Verkehrsprobleme als strategisch wichtiges Thema im Gemeinderat anerkannt ist und die Ressourcen bewusst umgeplant werden. Auch wenn ihm die Sorge noch etwas beschäftigt, ob denn der Stellenetat im Bereich Bau und Verkehr insgesamt genug gross ist. Die zuständige Person wurde mit Bedacht ausgewählt, was die JCVP sehr begrüsst. Sie wünschen der Person von Herzen alles Gute und einen guten Start für die wichtige Arbeit. Es ist sicher nicht einfach, denn der Druck ist enorm. Was helfen wird ist, wenn sich die neue Person fachlich sowie politisch abstützt, transparent und partizipativ arbeitet.

Daniel Piazza beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben. Dies aus folgenden Gründen:

- Es ist noch nichts ins Leben gerufen, d.h. man hat nichts Konkretes in der Hand.
- Man hat keinen Fahrplan des Verkehrsplanungsprozesses. Er findet, das Parlament hat Anrecht darauf, diesen vorgelegt zu erhalten, bevor das Thema ad acta gelegt wird.
- Sie wissen nicht, welche Personen vom Kanton, welche Fachpersonen und welche Parteien Vertreter oder weitere Personen in diesem partizipativen Prozess eingebunden sind.
- Es fehlen die Details.

- In Anbetracht dessen, dass es ein enorm wichtiges Anliegen in der Bevölkerung ist und das Anliegen noch nicht erledigt ist, möchte er gerne beliebt machen, das Postulat noch nicht abzuschreiben.

Cyrill Wiget ergänzt, dass der Gemeinderat darum bittet das Postulat abzuschreiben. In diesem Postulat soll ein Verkehrsplanungsprozess initialisiert werden. Wenn Daniel Piazza mit diesem Bericht nicht zufrieden ist soll er ein neues Postulat stellen. Der Verkehrsplaner muss sich nun erst einarbeiten.

Gemäss Pascal Meyer, im Namen der USK, fordert das Postulat die Initiierung eines Verkehrsplanungsprozesses, welches dem Krienser Verkehrsproblem Linderung verschafft. Die USK ist der Ansicht, dass mit dem Bericht die weiteren Schritte erläutert und somit dem Postulat Genüge getan wurde. Die USK nimmt diesen Bericht mit einer Enthaltung zur Kenntnis.

Daniel Piazza findet, dass Initialisieren ein dehnbarer Begriff ist. Ankündigen oder initialisieren ist nicht das Gleiche. Die genauen Ziele sind noch nicht bekannt. Er fordert damit lediglich die Planung und nicht die Umsetzung.

Die FDP-Fraktion ist laut Alex Hahn der gleichen Meinung wie Daniel Piazza. Das Verkehrsproblem ist primär. Sie sind der Ansicht, dass dieses Postulat nicht abgeschrieben werden soll. Hier wird alles auf die Amlehn- und Schachenstrasse abgeschoben. Es gibt noch viele andere Probleme. Es muss vorwärts gehen und etwas gemacht werden.

Laut Esther Bieri ist die SP/Juso-Fraktion für Abschreiben des Postulats. Wenn sie diesen Kurzbericht liest, fällt ihr auf, dass viele Projekte als verzögert oder dringend bezeichnet werden. Erwähnt werden:

- K4
- Studienwettbewerb Luzern Süd
- Sichere Veloverbindung Kriens – Luzern
- Mattenhof I
- Eichhof West
- Gesamtverkehrskonzept

Daraus schliesst sie, dass aktuell eine gewisse Orientierungslosigkeit in den Departementen herrscht. Wenn dem tatsächlich so ist, ist das Risiko gross, dass man alles gleichzeitig lösen will und dass sich Hektik und Überforderung breit machen. Die Gefahr besteht, dass die Krienser Bevölkerung mit halben Lösungen zufrieden sein muss. Am Schluss wird man feststellen, dass die Gemeinde Kriens viel Geld ausgegeben hat dafür, dass die Verkehrsprobleme nicht gelöst sind. Als ehemalige Leiterin des Multiprojektmanagements LUKS hat sie Erfahrung in der Leitung und Koordination von Grossprojekten. Sie stellt fest, dass es als nächstes ganz klare Prioritäten braucht. Deshalb sollte sich der Gemeinderat folgende Fragen stellen:

- Wann nimmt er sich Zeit, diese Grossprojekte gesamthaft zu betrachten und festzustellen wo sie zeitlich und inhaltlich voneinander abhängen?
- Was genau ist dem Gemeinderat wichtig?
- Welche Prioritäten ergeben sich daraus?
- Welche Meilensteine sieht der Gemeinderat?
- Wie genau soll sich der neue Projektleiter einbringen?

Es braucht jetzt Mut. Mut nämlich, sich Zeit zu nehmen angesichts all der „Dringlichkeit“. Die Sprechende empfiehlt, dass man in aller Ruhe die Projekte bewertet und abwägt. Das Resultat muss sein, dass die Prioritäten klar benannt werden können. Das hilft Sackgassen, Doppelspurigkeiten und unnötige Diskussionen zu verhindern. So ein geordnetes Vorgehen spart ausserdem viel Steuergeld, welches in die Massnahmen investiert werden sollte. Und es bringt Sicherheit, so dass die Krienser Position in der übergeordneten Lösungsfindung gestärkt ist. Denn die Krienser Bevölkerung ist stark beeinträchtigt durch die heutigen Verkehrsprobleme. Sie erwartet deshalb vom Gemeinderat starke Lösungen. Auch die USK ist gefordert. Die SP-/Juso-Fraktion verlangt, dass sie das Vorgehen des Gemeinderates im Zusammenhang der Verkehrsprobleme im Auge behält und kritisch begleitet.

Fabian Takacs sagt nur, dass die Grüne/JG es als nicht abzuschreiben ansehen.

Cyrrill Wiget und der Gemeinderat können damit leben. Der Gemeinderat plant eine Basis. Sie respektieren das selbstverständlich, aber ihre Überzeugung ändert am Prozess nichts. Dieser ist bereits gestartet.

Gemäss Martin Heini beantragt der Gemeinderat, das Postulat aufgrund des vorstehenden Berichts als erledigt abzuschreiben.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 17:16 Stimmen nicht abgeschrieben.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	nein
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	nein
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kloter, Yanik	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	nein
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

6. Bericht Postulat Koch: Mehreinnahmen für die Gemeinde Kriens dank der Vermietung von ungenutzten, gemeindeeigenen Dachflächen für die Erstellung von Photovoltaikanlagen Nr. 320/12

Patrick Koch dankt für den umfassenden Bericht. Photovoltaikanlagen sind für Investoren vor allem dann interessant, wenn die Dachflächen neu erstellt oder saniert werden. Ideal wäre es gewesen, wenn die Energiestadt Kriens bei den Schulhaussanierungen die Installation von Solaranlagen aktiv geprüft hätte. Die begünstigten Solarproduzenten erhalten während 25 Jahren eine kostendeckende Vergütung. Diese bewegte sich bei den ersten, 2009 in Betrieb gesetzten Anlagen, zwischen 50 und 90 Rappen pro eingespeiste Kilowattstunde (kWh). Ab 1. Oktober 2012 beträgt diese noch 36.1 Rappen pro kWh. Es freut den Sprechenden sehr, dass die Gemeinde Kriens aufgrund dieses Vorstosses für die gemeindeeigenen Liegenschaften nun ein Solarkataster erstellen wird. Die Gemeinde Kriens ist finanziell nicht in der Lage eigene Photovoltaikanlagen zu erstellen und zu betreiben. Die Dachvermietung bleibt eine Option. Im Januar dieses Jahres stellte die CKW ihr Förderungsprojekt „Solarstrom macht Schule“ vor. Ziel des Projektes ist es u.a. den Schülern die heute drängenden Fragen der zukünftigen Energieversorgung anschaulich näherzubringen. Die CKW finanziert bis zu Zweidrittel der Anlagekosten. Es ist lobenswert, wenn sich die Gemeinde Kriens für dieses Projekt angemeldet hat. Es bestünde natürlich auch die Möglichkeit Dritte ins Boot zu holen, die entweder beim CKW Projekt den letzten Drittel beisteuern oder allenfalls die ganzen Investitionen für die Solaranlage tätigen. Er kann sich gut vorstellen, dass sich Krienserinnen und Krienser dafür gewinnen liessen.

Für die USK ist es, gemäss Pascal Meyer, absolut sinnvoll, wenn sich die Gemeinde aktiv Gedanken zur Nutzung von erneuerbaren Energien macht. Dennoch ist ihnen bewusst, dass die Auslagerung der Nutzung dieser Flächen der Gemeinde nicht mehr Geld in die Kassen spült. Lukrativer für die Gemeinde wäre die Realisierung einer eigenen Anlage. Finanziell gesehen, stehen solche Projekte nicht vorne an. Die USK nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Laut Thomas Lammer beurteilt die FDP-Fraktion den Vorstoss, auch das im Bericht des Gemeinderates vorgeschlagene Vorgehen, grundsätzlich als positiv. Dies obwohl aus der Vermietung von gemeindeeigenen Dachflächen für die Erstellung von Photovoltaikanlagen keine grossen Erträge zu erwarten sind. Kritisch stehen sie dem im Bericht aufgeführten Kataster für die Solarnutzung von Dachflächen gegenüber. Die Kosten für dessen Erstellung müssen eine vernünftige Relation zu den Erträgen haben und entsprechend in einer Paybackdauer liegen die sich nicht über mehrere Dekaden erstreckt. Als durchaus interessante Variante stuft die FDP-Fraktion auch das Projekt „Solarstrom macht Schule“ der CKW ein. Sie begrüssen deshalb das Vorgehen der Interessenanmeldung der Gemeinde Kriens.

Brahim Aakti dankt für die SP/Juso-Fraktion dem Gemeinderat für die kompetente Beantwortung. Als Energiestadt ist die Gemeinde verpflichtet, immer wieder verschiedene Anstrengungen zu unternehmen, um das Label würdig zu verteidigen. Der Betrieb oder wenigstens die Förderung eines Betriebs von Photovoltaikanlagen ist eine solche Anstrengung. Der gemeindeeigene Betrieb von Photovoltaikanlagen ist zwar sehr wünschenswert, ein Blick auf die Gemeindefinanzen zeigt aber klar, dass die Gemeinde finanziell nicht in der Lage ist, die anfänglichen Investitionen zu tätigen. Für den Moment muss man sich also mit der Vermietung von Dachflächen für Photovoltaikanlagen begnügen. Der Akzent des Postulats Koch liegt ganz klar bei den Mehreinnahmen durch die Vermietung von Dachflächen für die Erstellung von Photovoltaikanlagen. Wie der vorliegende Bericht aber klar aufzeigt, ist eben mit der Vermietung von Dachflächen für den genannten Zweck nicht das grosse Geld zu verdienen. Es handelt sich dabei um höchstens zweistellige Frankenbeträge als Jahresmiete. Nichtsdestotrotz leistet die Gemeinde damit trotzdem einen Beitrag zur Erhöhung des Anteils an erneuer-

baren Energien an der Gesamtenergieproduktion der Schweiz. Und das zielt genau in die Richtung der Cleantech-Initiative der SP-Schweiz. An dieser Stelle noch ein Dankeschön an den Postulanten für den guten Vorstoss. Der vorliegende Bericht nennt kurz das Projekt "Solarstrom macht Schule" der CKW. Die SP/JUSO-Fraktion sieht das als ein gutes Projekt und würde die Teilnahme der Gemeinde an diesem Projekt begrüßen. Der Sprechende möchte wissen, wie da der aktuelle Stand ist.

Bruno Bienz dankt für die Grüne/JG-Fraktion dem Postulanten für den Vorstoss und dem Gemeinderat für den Bericht.

Für Cyrill Wiget ist es selbstverständlich, dass ein solcher Solarkataster sehr wertvoll ist. Dieser Vorstoss ist eine gute Idee. Die Gemeinde hat noch Geld aus dem REAL-Fonds, welches mit Energieverkauf eingenommen wurde. Das Geld aus dem REAL-Fonds kann evtl. für die Umsetzung verwendet werden. Die Dachflächen geben aber dermassen wenig Geld her, dass max. Fr. 600.00 pro Jahr eingenommen werden können. Der Einwohnerrat muss sich Gedanken machen, vielleicht bei sehr interessanten Anlagen selber zu investieren. Das Projekt der CKW wird geprüft.

Gemäss Martin Heini liegt der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates. Daher gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

7. Bericht Postulat Portmann: Einführung einer Einbürgerungspauschale

Nr. 315/12

Peter Portmann dankt der Bürgerrechtskommission für die schnelle Bearbeitung des Postulats. Die Anpassungen treten im Sinne des Postulats rückwirkend per 1. Januar 2013 in Kraft. Dem ist nichts entgegenzusetzen.

Roland Schwizer, Bürgerrechtskommissions-Präsident, führt aus, dass das Postulat die Einführung einer Einbürgerungspauschale zusätzliche zu den bestehenden Einbürgerungsgebühren fordert. Begründet wird dies mit der unterdurchschnittlichen Krienser Einbürgerungstarifen verglichen mit der Stadt Luzern und den übrigen Agglomerationsgemeinden. Im eingereichten Postulat wird aufgeführt, dass die Stadt Luzern bis zu Fr. 3'000.00 für eine Einbürgerung verlangt. Abklärungen haben ergeben, dass die Stadt Luzern, wie auch die Gemeinden Horw, Emmen und Ebikon nach Aufwand abrechnen. Das heisst für jedes Dossier wird ein Grundtarif berechnet und zusätzlich die individuell anfallenden Kosten, welche über dem Grundtarif sind. Die Aufwendungen werden systematisch erfasst und am Schluss des Einbürgerungsverfahrens, unabhängig vom jeweiligen Entscheid, dem Antragssteller in Rechnung gestellt. Die von Peter Portmann aufgeführten Kosten von Fr. 3'000.00 in der Stadt Luzern ergaben sich dadurch, dass der Einbürgerungsantrag für eine mehrköpfige Familie eingereicht wurde. In der Folge mussten verschiedene Dossier-Abklärungen durchgeführt werden, die nicht der Norm entsprachen. Da sämtliche Abklärungen und Dossierergänzungen kostenpflichtig sind, ergab sich am Schluss diese Summe.

Die Bürgerrechtskommission hat sich nach eingehender Prüfung dafür entschieden, die Krienser Tarife nur moderat anzuheben, aber bei fixen Einbürgerungstarifen zu bleiben. Eine

parallel geführte Aufwandserfassung pro Dossier fand die Kommission nicht zielführend, da die Aufwendungen in etwa dem Ertrag entspreche. Zudem soll vermieden werden, dass sich nur noch gut Verdienende eine Einbürgerung leisten können.

Rückwirkend auf den 1. Januar 2013 wurden deshalb folgende Tarife bestimmt:

Wer	Neu	Alt
Personen unter 18 Jahre	Fr. 800.00	Fr. 750.00
Personen über 18 Jahre	Fr. 1300.00	Fr. 1200.00
Ehepaare	Fr. 1600.00	Fr. 1500.00
Familie	Fr. 1700.00	Fr. 1500.00

Bekanntlich werden in Kriens zwei unterschiedliche Einbürgerungsverfahren angewandt. Zum einen ist es das Fast-Track-Verfahren, das ein Erscheinen vor der Kommission nicht mehr nötig macht, da der Entscheid "sur dossier" erfolgt. Beim zweiten Verfahren muss der Antragsteller vor der Kommission persönlich erscheinen und verschiedene staatspolitische, gesellschaftliche und geografische Fragen beantworten. Diese zwei Verfahren verursachen unterschiedliche Kosten. Mit dem Entscheid, dass für beide Varianten einheitliche Tarife angewendet werden, können die Kosten insgesamt gedeckt werden, was gemäss § 21 des Kantonalen Bürgerrechtsgesetzes erlaubt ist. Der Tarif ist in jedem Fall geschuldet, ob der Entscheid positiv oder negativ ausfällt. Zusätzlich hat die Kommission neu die Möglichkeit geschaffen, dass bei einem Dossier, das überdurchschnittliche Aufwendungen verursacht, wie zum Beispiel Einforderung von weiteren Unterlagen oder ein zweites Vorsprechen vor der Kommission, die verursachten Kosten verrechnet werden. Die Bürgerrechtskommission ist der Meinung, mit diesem Entscheid eine moderate und sozial verträgliche Anpassung der Einbürgerungstarife durchzuführen.

Die SP/Juso-Fraktion findet gemäss Brahim Aakti, dass das Postulat einen üblen Beigeschmack hat. Es soll nämlich eine Abschreckgebühr geschaffen werden, damit sich nur noch Personen einbürgern können, die sich dies leisten können. Das wäre eine unhaltbare Diskriminierung jener Migrantinnen und Migranten, die finanziell nicht auf Rosen gebettet sind. Das Postulat Portmann zielt darauf ab, die Anzahl neuer Einbürgerungsgesuche zu senken. In den kantonalen Leitgedanken zum Einbürgerungsverfahren heisst es: *"Wir befürworten, erleichtern und fördern die Einbürgerung von integrierten einbürgerungswilligen Ausländerinnen und Ausländern"*. Das vorliegende Postulat bläst da ins falsche Horn. Hinzu kommt, dass der Bundesrat eine Gesetzesänderung auf Beginn 2006 vorgenommen hat die besagt, dass die Gebühren für die Einbürgerung die tatsächlich entstandenen Kosten auf Seiten der Behörden nicht überschreiten dürfen. Die Bürgerrechtskommission hat bereits auf den 1. Januar 2011 die Gebühren erhöht und seitdem müssen die Einbürgerungswilligen auch dann die volle Gebühr entrichten, wenn sie einen Negativentscheid erhalten. Zwei Jahre später wurden die Gebühren wieder erhöht. Eine weitere Erhöhung wird die SP/Juso-Fraktion nicht dulden. Solange sie nicht wissen, was das Einbürgerungsverfahren tatsächlich genau kostet, befindet sich die Gemeinde mit diesen Gebühren auf sehr unsicherem Boden. Wahrscheinlich müssen bei Einbürgerungen nach dem Fast-Track-Verfahren Gebühren zurückerstattet werden.

Laut Bruno Bienz begrüßen die Grüne/JG die so vorliegende Umsetzung des Postulates Portmann. Sie unterstützen auch die Vollkostenrechnung bei Einbürgerungen. Jetzt kommt noch das Aber. Im Rahmen des Voranschlages 2011 wurde von der Bürgerrechtskommission eine Änderung des Verfahrens und die Erhöhung der Einbürgerungsgebühren vorgestellt. Diese Gebühren seien jetzt die Vollkosten. 1 ½ Jahre später sind es plötzlich nicht mehr Vollkosten. Da gibt es bei ihnen schon ein paar Fragezeichen, ob diese Rechnung seriös gemacht worden ist oder wird. Es ist ihnen schon klar, dass es nicht einfach ist, alle Aufwände seriös

aufzulisten. Aber es kann auch nicht sein, dass jedes Mal, wenn ein Vorstoss daherkommt die Gebühren erhöht werden. Es ist Aufgabe der Verwaltung und der Bürgerrechtskommission, die Gebühren regelmässig zu überprüfen und allenfalls anzupassen. Es darf aber auch nicht sein, dass wegen teuren Einbürgerungskosten schlechter Verdienende ausländische Staatsangehörige kein Einbürgerungsgesuch mehr stellen können.

Räto Camenisch ist der Meinung, dass das Fast-Track-Verfahren nicht als Einbürgerungsverfahren "light" gemacht wurde. Auch dieses Verfahren kostet Geld. Das Fast-Track-Verfahren mit einem anderen Tarif zu versehen ist falsch und nicht so wie es ursprünglich geplant wurde. Sondern der Zweck war das Verfahren für diese Personen leichter zu machen, bei denen die Einbürgerung sonnenklar ist.

Gemäss Martin Heini liegt der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich der Bürgerrechtskommission. Daher gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

8. Beantwortung Interpellation Schwizer: „Rechenzentrum Emmen“

Nr. 007/12

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Martin Heini fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Roland Schwizer wünscht eine Diskussion

Martin Heini stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Roland Schwizer dankt dem zuständigen Departement für den ausführlichen Bericht zur Interpellation. Die gelieferten Antworten haben aber nicht die gewünschte Beruhigung gebracht, sondern weitere Fragen aufgeworfen, die für ihn im Moment nicht geklärt sind. Gemäss Antwort des Gemeinderates besteht keine umfassende Informatik-Strategie. Lediglich ein Grundlagenpapier „Vernetzung aller Standorte“ das angibt, wie die Schulen und die Verwaltung mit der Telefonie aufgerüstet oder untereinander vernetzt werden. Es ist nicht umfassend definiert, welche strategischen Zielsetzungen der Gemeinderat mit der Informatik mittel- und langfristig erreichen will. Personelle und finanzielle Ressourcen bleiben unerwähnt. Das am 15. Dezember 2010 angestossene Projekt SIDOK sei ein Ausfluss aus dem erwähnten Strategiepapier und gelte als das Zukunftsprojekt im Informatikbereich. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort weiter, dass er sich klar überlegt habe, mit welcher Gemeinde in diesem Bereich zusammengearbeitet werden kann und entschied sich für die Gemeinde Emmen. Es wurden aber offenbar keine mögliche Alternativen (z.B. Gemeinde Rechenzentrum Littau) geprüft und angefragt. Zur Information: Die Gemeinde Emmen startete den Pilot für ihre neue EDV-Infrastruktur im Frühjahr 2010. Anfang 2011 wurden die Arbeitsplätze auf das neue System umgestellt. Nach einem Jahr Praxis-Erfahrung von Emmen, unterschrieb der Gemeinderat Kriens im Januar 2012 die Zusammenarbeitsvereinbarung mit Emmen. Gemäss FGK-Protokoll vom 19. Oktober 2011 wurde im Rahmen der Behandlung der politischen Gesamtplanung das Projekt SIDOK in einem Nebensatz mit Fr 1.4 Mio. erwähnt.

Für ihn sind folgende Fragen mit diesem Bericht nicht beantwortet und erwartet, dass der Gemeinderat die nötigen Antworten liefern wird:

- Das Projekt SIDOK wird mit Fr. 1.4 Mio. veranschlagt. Der Gemeinderat kann eine freihändige Vergabe bei Dienstleistungen bis Fr 250'000.00 selbständig vornehmen. Weshalb wurde keine öffentliche Ausschreibung für dieses Projekt durchgeführt?
- Sind die Kosten von Fr. 1.4 Mio. für das Projekt SIDOK die Gesamtkosten des ganzen Projekts? Welche wiederkehrenden Folgekosten sind veranschlagt? Mit welchen Betriebskosten ist zu rechnen?
- Was bedeutet skalierbare Leistungen bei einem gemeinsam betriebenen EDV-Zentrum?
- Gemäss Bericht werden für eine definitive Zusammenarbeit mit Emmen noch Offerten eingeholt. Investiert man zuerst Fr. 1.4 Mio. um anschliessend einen anderen Anbieter zu berücksichtigen? Und welche Anbieter sind vorhanden, da Emmen anscheinenden der einzige mögliche Partner ist?
- Personell wird die Informatik-Verantwortung nach Emmen ausgelagert. Dieses Rechenzentrum wird von einer externen Firma betreut. Wie wird sichergestellt, dass Kriens weiterhin Informatik-Fachwissen in der Verwaltung haben wird? Was passiert mit den Mitarbeitern von Kriens?

Cyrill Wiget spricht anstelle von Paul Winiker. Es macht sich die Absenz vom Gemeindepräsidenten bemerkbar. Denn es werden immer zwei Mitglieder vom Gemeinderat in Arbeitsgruppen delegiert. Paul Winiker ist der Leader. Die andere Person ist Guido Solari. Er wird deshalb versuchen die Fragen zu beantworten.

Guido Solari ergänzt, dass man nicht nur mit der Gemeinde Emmen Abklärungen vorgenommen hat, sondern im Jahr 2010 und 2011 auch mit der Stadt Luzern als Betreiberin des Rechenzentrums Littau. Damals war eine Zusammenarbeit nicht möglich, da die Stadt das Rechenzentrum generell überprüfte. In der Zwischenzeit bietet die Stadt Luzern solche Dienstleistungen an, jedoch nicht auf dem technischen Niveau einer Desktop Virtualisierung. In der FGK wurde das Projekt SIDOK vorgestellt, da dieses Budgetrelevant war. Bezüglich Ausschreibungspflicht erwähnt der Sprechende, dass eine solche für Teilkomponenten im freihändigen Verfahren vorgenommen wurde. Eine Ausschreibung der ganzen Informatik-Dienstleistungen wurde nicht vorgenommen, da Kriens eine gemeinsame Trägerschaft mit der Gemeinde Emmen anstrebt. Der Einwohnerrat wird über die gemeinsame Körperschaft noch zu befinden haben. Die Kosten für das Projekt SIDOK wurden zusammen mit dem externen Projektleiter erhoben und in den Voranschlag eingestellt. Die Kostenkontrolle ist gewährleistet. Sollte eine institutionelle Zusammenarbeit mit Emmen nicht zustande kommen, ist es möglich die Investitionen der Gemeinde Kriens zurückzunehmen. Zu den Mitarbeitenden kann er im Moment nichts sagen. Es sind noch keine Entscheide gefallen

Gemäss Rolf Schmid ist eine Frage für die CVP/JCVP/GLP-Fraktion nicht beantwortet. Das Projekt löst Fr. 1.4 Mio aus. Wenn ein Projekt in dieser Grössenordnung gemacht wird, ist es nicht erlaubt dieses zu stückeln und in das Budget aufzunehmen. Hier ist etwas nicht richtig gelaufen.

Anmerkung der Protokollführerin: Gemeindepräsident Paul Winiker liess mitteilen, dass man aus der Rechnungsablage die Budgetierung und die Kosten (IR) einsehen kann. Wichtig ist, dass es sich bei diesen Positionen nicht um ein Gesamtpaket, sondern Teilinvestitionen,

enthaltend Telefonie, Server, Netzwerk, Vernetzung, Hardware für Arbeitsstationen (neu Zero clients), Software und Versionen handelt. Inbegriffen ist dabei auch der ordentliche Ersatz von Arbeitsstationen und Komponenten, die jedes Jahr rund 100'000 bis 200'000 Franken umfassen. Eine Gesamtausschreibung dafür war auch aufgrund der zeitlichen Prioritäten nicht angezeigt, weil es sich um Einzelpositionen von verschiedenen Anbietern handelt. Eine GU-Ausschreibung für das Gesamtprojekt war aus Sicht des Gemeinderates nicht zielführend oder sinnvoll. Notwendig war aber eine externe Projektleitung, die sicherstellte, dass die Teilsysteme zusammen funktionieren und aufeinander abgestimmt sind. Ähnlich wie bei einem Bauprojekt hat der Gemeinderat nach Arbeitsgattungen bzw. Produkten die Vergabe vorgenommen und nach Möglichkeit eine Ausschreibung vorgenommen. So wurden z.B. die Netzwerkkomponenten, die Lizenzen für die VDI und die Microsoft Software ausgeschrieben. Der Gemeinderat wird im Rahmen der Rechnung detailliert über den Stand des Projektes, die Kostenkontrolle und Vergabungen in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission orientieren.

Die Gemeinde Kriens arbeitet mit der Gemeinde Emmen in einer Übergangslösung zusammen und profitierte dabei vor allem bei der Desktopvirtualisierung vom Know How und der Infrastruktur. Nun werden die möglichen Kooperationen für eine nachhaltige Zusammenarbeit geprüft. Dafür haben Emmen und Kriens eine unabhängige Fachfirma beauftragt. Anschliessend wird, abhängig von den Ergebnissen, ein Bericht und Antrag an den Einwohnerrat unterbreitet. sofern eine gemeinsame Körperschaft für die ICT mit Emmen gegründet wird. Falls diese Lösung, welche der Gemeinderat Kriens ausdrücklich favorisiert, nicht machbar ist, wird Kriens ein Outsourcing gemäss Submissionsgesetz öffentlich ausschreiben. In diesem Falle müsste der Gemeinderat aufgrund der Konkurrenzofferten die beste Offerte berücksichtigen.

Die ICT- Strategie der Gemeinde wurde bereits in der Gesamtplanung 2012 (B+A Nr. 260/11) angezeigt und der Investitionsbedarf transparent dargestellt. Das ICT -Investitionsbudget für 2012 mit dem ausserordentlichen Nachholbedarf wurde vom Einwohnerrat genehmigt. Im Januar 2012 wurde die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission über die Strategie, das IT-Konzept und den Kostenrahmen vom Gemeinderat und der Projektleitung aus erster Hand informiert. In der Finanzplanung 2013 und im Budget 2013 (B+A Nr. 009/2012) informierte der Gemeinderat offen über die erfolgreiche Umsetzung des Projektes SIDOK und die Stossrichtung, mit Emmen die ICT-Organisation und ein gemeinsames Rechenzentrum zu betreiben.

Die Eckpfeiler der ICT-Strategie sind:

Integration Informatik und Telefonie (ICT) und aller Bereiche

Der Gemeinderat hat beschlossen, Informatik und (Tele-)Kommunikation aufgrund der technologischen Entwicklung und Chancen gesamtheitlich zu betreiben. Gleichzeitig sollen alle Bereiche (Verwaltung, Heime und Schulen) durch eine zentrale ICT Organisation betreut werden. Bei den Schulen verbleibt wie bis anhin die pädagogische Betreuung für die Informatikausbildung,.

Vernetzung aller Standorte mit leistungsfähigen Verbindungen

Der Gemeinderat hat beschlossen, die wesentlichen Standorte mit leistungsfähigen LWL (Glasfaser) zu verbinden und auch die Schulen anzubinden. Die Schulinformatik bestand aus zahlreichen Insellösungen und einer eigenständigen IT. Bis Ende 2013 werden alle Schulhäuser über Glasfasern verbunden sein. Das ermöglicht die Integration in die gesamte IT-Umgebung und auch den Anschluss an die neue Telefonzentrale. Aufgrund der Kostenevaluierung konnte die Gemeinde mit ewl und CKW Mietverträge abschliessen. Die Insellösungen bei den Schulen (mit eigenem Server und Datenspeicherung) wurden schrittweise abgelöst.

Desktop Virtualisierung (VDI)

Wesentliches Konzept der neuen IT ist die Verschiebung der Intelligenz vom Arbeitsplatz ins Rechenzentrum. Die Vorteile dieser Strategie sind offensichtlich und in Emmen erprobt. Es

braucht keine lokalen Speicherungen der Daten und die Software wird zentral gewartet. Mit der Desktop Virtualisierung können teure PC's durch zero clients (kein Hard Disk, keine Laufwerke) ersetzt werden. Dies sind günstiger und verfügen über eine um 50% längere Lebensdauer. Alte PC's können trotzdem weiter verwendet werden, indem diese als „dumme“ Arbeitsstationen eingesetzt werden. Damit kann auch die personalintensive Wartung der PC's inkl. der lokalen Software („Turnschuhübungen“) reduziert werden und die Mittel in die Kern ICT aufgewendet werden. Die genutzten Standardsoftware (v.a. Büroapplikationen) waren zum Teil stark veraltet und es bestand ein grosser Nachholbedarf.. Mit VDI konnte eine Vereinheitlichung der Software mit einheitlichen Programmen erreicht werden, was den Support stark erleichtert.

Modernisierung der Telekommunikations-Infrastruktur

Die beiden Telefonanlagen (Heime und Verwaltung) waren veraltet, weder die Wartung noch die Ersatzteile konnten von den Lieferanten noch garantiert werden. Der Gemeinderat musste im Verlaufe 2011 dringend Ersatz vornehmen. Mit der Lieferantin konnte man eine Occasionslösung auf der bestehenden Infrastruktur günstig beschaffen. Die optimale Lösung war eine hybride Lösung (damit die bestehenden Analogtelefone der Heime weitergenutzt werden konnten) und gleichzeitig die Vorwärtsstrategie und Einführung der neuen Technologie auf Basis der Informatikstruktur (Voice over IP bzw. VoIP). Vorteile dieser Lösung sind bei der Verkabelung (universelle Verkabelung), der Integration aller Bereiche in eine Telefonzentrale und Kostenersparungen bei den Verbindungen.

Rechenzentrum und Netzwerk

Aufgrund der neuen Anforderungen (DesktopVirtualisierung, VoIP, Zentralisierung der Speicherung etc.) mussten auch im Rechenzentrum Investitionen vorgenommen werden. Für die Netzwerk-Komponenten wurde eine Ausschreibung vorgenommen. Einige Komponenten werden in Emmen gemeinsam betrieben und gehören teilweise der Gemeinde Kriens. Für die Einführung der Desktop Virtualisierung konnte Kriens von den Synergien mit Emmen profitieren und Doppelinvestitionen in bedeutender Höhe vermeiden. Sollte die Zusammenarbeit beendet werden, müsste Kriens oder der neue Servicepartner erheblich nachinvestieren. Die Komponenten, welche der Gemeinde Kriens gehören, können auch wieder deinstalliert werden. Durch die Server-Virtualisierung konnten auch Kapazitäten gemeinsam genutzt und Server eingespart werden.

Die oben beschriebenen Verbesserungen und Teilinvestitionen umfassen das vom Gemeinderat definierte Projekt SIDOK (Standorte aller Bereiche der Gemeinde, Integration ICT, Dienstleistungsorientierung, Organisation, Kriens). Dieses Projekt ist auf Kurs, es funktioniert und ist zu ca. 70 % abgeschlossen. Das Budget und die Submissionsverschriften werden eingehalten. Der Gemeinderat geht davon aus, dass nach dem ausserordentlichen Nachholbedarf vor allem im Jahr 2012 die Kosten sowohl für den Betrieb wie auch die Investitionen sich stabilisieren werden im Rahmen der Finanzplanung. Der Investitionsschutz der Teilprojekte ist gewährleistet auch bei einer Aenderung der Zusammenarbeits-Strategie. Der Gemeinderat wird im Rahmen der Rechnungsablage 2012 dazu informieren.

Die definitive Zusammenarbeit mit Emmen ist nicht Gegenstand des bewilligten Projektes SIDOK. Bei Abschluss des Projektes SIDOK wird auch die Projektleitung beendet und die für das Projekt gegründete Begleitgruppe abgelöst.

Synergiepotenzial beim Betrieb nutzen

Der Gemeinderat ist der Überzeugung, dass die Gemeinde alleine die Anforderungen für eine zukünftige ICT-Organisation weder professionell noch kostenmässig stemmen kann. Zudem ist das qualifizierte Fachpersonal nur äusserst knapp verfügbar. Die vom Gemeinderat favorisierte Kooperations-Form mit Emmen, die eine gleiche Strategie verfolgen (ICT, VoIP, Desktop Virtualisierung) werden nun vertieft evaluiert und anschliessend dem Einwohnerrat vorgelegt. Es wird geprüft, wie die Mitarbeiter der Gemeinde in die neue Organisation bei Eignung

zu integriert werden. Dabei muss auch der Support für Schulen (wie für die anderen Nutzer) im Detail geklärt werden.

Die finanzielle Stossrichtung ist, dass die operativen Kosten der neuen Organisationen konsolidiert gleichbleiben, dass man aber eine grössere Professionalität, Qualität, Durchdringung und Stellvertretungen, Spezialisierungen und verbesserte Dienstleistungen und Support (HelpDesk) erreicht.

Im Herbst 2011 hat der Gemeinderat informell die Bereitschaft und Möglichkeiten von Horw und Luzern für eine Kooperation abgeklärt. Aufgrund dieser Informationen hat der Gemeinderat das Ziel zu einer Kooperation mit Emmen festgelegt und nicht ein Dienstleistungsmodell (Outsourcing).

Peter Portmann spricht im Namen der SVP-Fraktion. Auf Gemeindeebene existiert ein dichtes Geflecht von verschiedenen Formen der Zusammenarbeit mit anderen Kommunen. Die Gemeinden sind heute gezwungen den wachsenden Anforderungen Rechnung zu tragen um selbständig zu bleiben. Die Luzerner Gemeinden arbeiten in Zweckverbänden oder auf Basis von interkommunalen Vereinbarungen. Diese Vereinbarungen dürfen sich nicht auf Schule, Fürsorge, Verkehr, Abfall u.s.w. beschränken. Das Projekt SIDOK ist das glänzende Beispiel für die interkommunale Zusammenarbeit. Das Projekt ist offen und kann für weitere Gemeinden ausgebaut werden. Besonders im schnelllebigen IT-Bereich sind Service, technische Organisation und Kooperation von grösster Wichtigkeit. Die SVP-Fraktion ist froh, dass sich die Gemeinden Kriens und Emmen für das Projekt SIDOK zusammen gefunden haben. Das bringt nicht nur einen Synergieeffekt auch das finanzielle Risiko wird so gesplittet.

Für die FDP-Fraktion, ist gemäss Roger Erni, die Überlegung wichtig, dass die IT-Mitarbeiter in Kriens gut in dieses Projekt miteinbezogen werden. Sie gehen auch davon aus, dass wenn es durch die Zusammenarbeit zu Synergien kommt, diese nicht einfach in Kriens wegrationalisiert werden. Es ist nicht zu vergessen der Weg zwischen Kriens und Emmen ist nicht Kuonimatt-Obernau. Auch sind IT-Experten vor Ort, welche die Gegebenheiten kennen. Die FDP-Fraktion steht hinter der Zusammenarbeit und dankt der Gemeinde für die transparenten Informationen in Zusammenhang mit diesem Projekt.

Peter Fässler findet, dass die Antwort des Gemeinderates auf die Interpellation Schwizer sehr umfangreich ausgefallen ist. Sie gibt einen Überblick über die zukünftige Organisation des IT-Bereichs der Gemeinde. Ein für die SP/Juso-Fraktion wichtiger Punkt ist allerdings, ihrer Meinung nach, ungenügend beantwortet. Es betrifft die Frage 5 des Interpellanten: Wird das Projekt durch interne oder externe Mitarbeitende ausgeführt? Sie vermissen in der Antwort Angaben über die konkrete Ausführung des ganzen Betriebes, Unterhalt, Support, etc. Es ist bekannt, dass wenige gut qualifizierte Informatiker auf dem Arbeitsmarkt vorhanden sind. Wie sieht die Rekrutierung für dieses Projekt aus? War man erfolgreich? Wenn nicht, weshalb? Lassen die Finanzen überhaupt eine marktgerechte Einstellung zu? Eine weitere Frage betrifft den Support vor Ort in den Schulen. Sind genügend qualifizierte Personen in den Schulhäusern vorhanden? Ist SIDOK bei der Pensenplanung berücksichtigt? Müssen allenfalls Nachqualifizierungen in diesem Bereich vorgenommen werden? Für Antworten des Gemeinderates bedankt er sich schon jetzt.

Für die Grüne/JG-Fraktion ist gemäss Erich Tschümperlin, die Bewilligung von Fr. 1.4 Mio. im Rahmen des Voranschlags mehr als speziell, auch wenn sie dies so mitbeschlossen haben. Ihrer Ansicht nach braucht es für eine solche Investition einen Bericht und Antrag oder mindestens einen Planungsbericht. Die Gesamtkosten sind für sie nicht ersichtlich. Es gibt vermutlich kein IT-Projekt, wo die Initialkosten alles abgedeckt haben. Zudem wäre es wünschbar zu sehen, wie sich die laufenden Kosten entwickeln in Anbetracht der hohen Investitionen. Auch deshalb wäre ein Bericht und Antrag oder Planungsbericht notwendig. Er

als Einwohnerrat und die Grünen wollen mehr wissen über ein Projekt dieser Grössenordnung. Auch wenn dies einmal in der FGK vorgestellt worden ist, reicht das nicht aus. Es gilt das Kommissionsgeheimnis, die restlichen Einwohnerräte sind nicht informiert. Die Vorstellung der IT-Strategie, des gesamten Investitionsbedarfs, der allenfalls zu gründenden Körperschaften, der Entwicklung der laufenden Kosten, all das muss in den Einwohnerrat. Die Grüne/JG-Fraktion erwartet vom Gemeinderat informiert zu werden, bevor weiter investiert wird.

Gemäss Thomas Lammer befürwortet die FDP-Fraktion diese Korporation grundsätzlich. Er stellt sich die Frage, ob das Parlament noch einen Bericht zu sehen kriegt. Er hat den Verdacht, dass der Einwohnerrat das Ganze nur abnicken kann, was gemacht wurde. Durch die Auslagerung der IT nach Emmen ist man nachher von denen abhängig. Im Haus hat man kein Know-how mehr. Man sollte steuern können, was dort genau gemacht wird.

Rene Zosso führt aus, dass das System offensichtlich seit diesem Jahr läuft. Wie läuft dieses System? Wie wird damit umgegangen?

Beat Tanner bezieht sich auf den Punkt 3 der Beantwortung der Interpellation. Was heisst zum damaligen Zeitpunkt? Wegen den Finanzkompetenzen brauchte es beim Schulhaus Gabeldingen keinen Bericht und Antrag. Vielleicht muss im Parlament über die Finanzkompetenzen diskutiert werden.

Erich Tschümperlin möchte wissen wie viel von diesen Fr. 1.4 Mio. ausgegeben worden sind? Reicht dies? Oder wird noch mehr gebraucht?

Kathrin Graber meint, dass diese Diskussion zeigt, dass noch sehr viele Fragen offen sind. Auch wenn Paul Winiker hier gewesen wäre, seien viele Fragen offen geblieben. Es gibt sehr viele Widersprüche, wenn man diese Antworten liest. Bei der Frage 4 des Interpellanten über die genauen Kosten kommt nur eine vage Antwort. Das System läuft ja nun schon. Der Entscheid mit Emmen wurde schon gefällt. Die genauen Kosten sind aber nicht bekannt. Solche Kosten kann sich die Gemeinde nicht leisten. Der Entscheid wurde gefällt ohne den Einwohnerrat zu involvieren. Sie ist nicht bereit sich mit dieser Antwort abspeisen zu lassen.

Laut Erich Tschümperlin zeigt das Votum von Kathrin Graber, dass das Parlament Fragen hat. Er möchte wissen, ob der Gemeinderat einen Planungsbericht oder Bericht und Antrag verlangt. Oder muss ein Postulat gemacht werden?

Cyrill Wiget ist der Meinung, dass Guido Solari in der Lage ist auf ein paar Fragen Antwort zu geben. Paul Winiker könnte als Leader mehr Fragen beantworten. Im Protokoll werden diese Fragen im Nachgang beantwortet. Wenn jemand aus dem Parlament mit den Antworten im Protokoll nicht zufrieden ist, kann ein Vorstoss gemacht werden.

Guido Solari antwortet auf die Frage von Rolf Schmid in Bezug auf die Stückelung. Es fanden Ausschreibungen über Teilkomponenten statt. Diese Aufträge wurden nicht einfach unter der Hand vergeben, sondern zusammen mit der Projektleitung. Die Rekrutierungsfragen sind zurzeit noch offen. Einen Bericht und Antrag bezüglich der Zusammenarbeit mit Emmen folgt noch. Das Parlament wird noch darüber befinden können. Da der Sprechende nicht Projektleiter ist, hat er keine Kenntnis vom aktuellen Stand des Investitionsvolumens.

Das System läuft seit August 2012 und ist im Grossen und Ganzen stabil. Es gibt vereinzelte Probleme. Man ist daran, diese zu beheben.

Anmerkung der Protokollführerin: Gemeindepräsident Paul Winiker liess mitteilen, dass der Gemeinderat handeln musste, um die vitalen Arbeitsinstrumente der Verwaltung, Heimen und Schulen betriebsfähig zu erhalten. Der Gemeinderat konnte nicht erst einen Planungsbericht erstellen, sondern musste handeln. Der Gemeinderat hat transparent im Rahmen des Budgets den Bedarf aufgezeigt und die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission über das Projekt stufengerecht informiert.

Die weitere Strukturierung des gemeinsamen Betriebes gemäss der Absichtserklärung des Gemeinderates wird dem Einwohnerrat voraussichtlich im Sommer 2013 vorgelegt, sobald die Grundlagen erarbeitet sind.

Kathrin Graber findet, dass sie nicht bis zur Veröffentlichung des Protokolls auf die Antworten warten kann. Die Abklärungen wegen der Körperschaft sind im Gange. Sie bittet um möglichst raschen Auszug des Protokolls über diese Fragen.

Cyrill Wiget sagt, dass dem nichts entgegensteht.

9. Beantwortung Interpellation Zosso: „Luzern Süd“ Stadtentwicklung im Schlund Nr. 013/12

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Martin Heini fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder er eine Diskussion wünscht.

René Zosso wünscht eine Diskussion.

Martin Heini stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Nach René Zosso hat die CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Interpellation aus der Erkenntnis und der Sorge heraus eingereicht, dass mit der rasanten und fast unüberblickbaren Entwicklung im Raum zwischen Eichhof und Pilatusmarkt, auch grosse Aufgaben auf die Gemeinde Kriens zukommen. Es ist ihrer Auffassung nach zwingend, dass sich die grossen Investoren, die sich eine grosse Rendite von den Projekten in Luzern Süd erhoffen, an den Infrastrukturkosten und der Gesamtverantwortung beteiligen müssen. Die Investoren haben auch ein sehr starkes Interesse daran, dass in diesem Gebiet nachhaltiger, lebenswerter Raum für Wohnen und Arbeiten entsteht, denn nur in einem gesunden Quartier ist auch für sie langfristig eine Rendite sichergestellt. Es kann nicht sein, dass die Gewinne den Investoren zukommen, während die Allgemeinheit die anfallenden Infrastrukturkosten, von denen die Investoren und ihre Objekte auch wieder profitieren, alleine zu berappen hat. Die privaten Bauherren sollen nicht nur in ihre eigenen Objekte investieren, sondern auch in die Umgebung in der diese sich befinden. Was einem Kleininvestor kaum zuzumuten wäre, erachtet die CVP/JCVP/GLP-Fraktion bei Millionenprojekten, wie sie in Luzern Süd entstehen, durchaus als angemessen.

Kommentar zu Antwort 1

Das überkommunale Gebietsmanagement ist sicher eine gute Sache. Aber die spezifischen Bedürfnisse der Gemeinde Kriens werden da wohl kaum speziell wahrgenommen und berücksichtigt.

Kommentar zu Antwort 2

Die Besetzung der Stellen mit kompetenten Fachleuten ist wichtig, wenn es darum geht, die in den Bewilligungen gemachten Auflagen durchzusetzen. Nachträgliche Korrekturen sind schwierig bis unmöglich. Es wäre ein grosser Fehler, wenn diese Aufgaben aus Kapazitätsgründen nicht mit der nötigen Sorgfalt abgewickelt werden könnten.

Kommentar zu Antwort 3

Der neue Artikel 58 im BZR weist in die richtige Richtung, auch wenn es nur eine „kann“-Formulierung ist und konkrete Vorgaben fehlen. Das Vorgehen des Gemeinderates wird in dieser Hinsicht verfolgt.

Kommentar zu Antwort 4, 5 und 6

Die Ansätze werden zur Kenntnis genommen, auch wenn hier das Prinzip Hoffnung vielleicht noch zu wenig bewirken dürfte.

Es sind Ansätze zu erkennen, die in die richtige Richtung weisen. Das Beispiel Mobimo/Mattenhof ist ein gutes. Vieles ist jedoch noch vage formuliert und klare Rahmenbedingungen fehlen. Es ist klar, dass nicht alles im Detail vorgeschrieben werden kann und soll, aber gerade die für ein lebendiges Quartier nötigen Elemente sind nicht immer auch die für Investoren attraktivsten. Aber es ist Aufgabe der Behörde, dafür zu sorgen, dass ihnen die nötige Nachachtung verschafft wird. Die Idee der Interpellation war es denn auch, die Sensibilität für dieses Thema zu verstärken. Dies scheint mit den neuen Artikeln im revidierten BZR inzwischen auch gelungen zu sein. Es bleibt zu hoffen, dass der Gemeinderat nun von diesen Möglichkeiten auch wirklich Gebrauch macht, im Interesse eines auch dann noch attraktiven und lebensfähigen Gemeindeteils, wenn dereinst der für Kriens einmalige, nun bevorstehende Wachstumsschub erfolgt ist. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dankt für die Antworten des Gemeinderates und hofft, dass bei der Stadtentwicklung Luzern Süd auch die Gemeinde Kriens als Gewinnerin hervorgeht. Der Gemeinderat hat gemäss Matthias Senn keine Ergänzungen.

Nach Martin Heiz wurde der Artikel nicht aufgrund dieser Interpellation im BZR aufgenommen. Der ganze Planungsprozess liegt zur Zeit in der Hochschule Luzern, Technik und Architektur, auf. Die Antworten auf die Interpellation sind gut, zum Teil sind sie schon wieder etwas überholt.

Mario Urfer führt aus, dass aus Patchwork-Siedlungen ein neuer, zusammenhängender Stadtteil entstehen soll. Die SP/JUSO-Fraktion ist davon überzeugt, dass eine gute urbane Qualität erreicht werden kann, wenn die drei Gemeinden bei der Planung und der Entwicklung zusammenarbeiten. Eine städtebauliche Mix-Nutzung, ein differenziertes Angebot der Aussenräume und die Verkehrsplanung sind gesamtheitlich zu betrachten. Die Entwicklung des Gebietes Luzern Süd wird zu einem grossen Teil auf Krienser Boden stattfinden. Der infrastrukturelle Aufwand darf nicht nur der öffentlichen Hand überlassen werden. Die öffentlichen Aufgaben und Ansprüche müssen von den Investoren mitgetragen werden.

Die Grüne/JG-Fraktion ist gemäss Erich Tschümperlin der Meinung, dass der Vorstoss von René Zosso einen wichtigen und wunden Punkt trifft. Im Schlund wird nicht einfach gebaut, es findet Stadtentwicklung statt, oder eben nicht. Einfach nur punktuell Gebäude zu bewilligen,

führt zum gleichen Resultat wie im Zentrum. Nun versucht man das Zentrum im Nachhinein mittels Zentrumsplanung zu gestalten. Im Schlund muss das besser gemacht werden. Der Vorstoss möchte eine aktive Gestaltung und Qualitätssicherung sicherstellen, dass sich die Gemeinde Kriens in die Planung einbringt. Für dieses Gebiet hat die Gemeinde Kriens die Verantwortung, sowohl politisch als auch rechtlich. LuzernPlus, respektive LuzernSüd, ist eine Organisation, die nicht primär die Interessen der Gemeinde Kriens wahrnimmt. Dies muss vom Baudepartement gemacht werden. Es kann nicht sein, dass die Gestaltung fremden Vögten überlassen wird, das ist und bleibt Aufgabe der Gemeinde. Nur Baubewilligungen auszustellen reicht im Schlund definitiv nicht. Die Gestaltung und Qualitätssicherung kann nicht delegiert werden. In den nächsten Jahren wird im Schlund wohl gegen eine Milliarde Franken investiert, wenn alle laufenden und geplanten Projekte berücksichtigt werden. Das wird das Bild von Kriens auf Jahre prägen, positiv oder negativ. Hier muss die Gemeinde mitgestalten. Das heisst, es braucht personelle Begleitung vom Baudepartement und zwar zusätzliche. Wenn der Sprechende in der Antwort des Gemeinderates liest, dass die gesetzlichen Vorgaben bei den Baubewilligungen nicht eingehalten werden können, findet er das bedenklich. Dass das Baudepartement den Schlund so nicht im Sinne von Kriens begleiten kann, ist offensichtlich. Der Schlund muss attraktiver werden. Dies ist nur möglich, wenn Kriens seine Anliegen aktiv einbringt. Und für diese zusätzliche Aufgabe sind zusätzliche Ressourcen notwendig. Diese wären übrigens sowieso angesagt, damit die gesetzlichen Fristen wieder eingehalten werden können und die Qualität nicht leidet. Denn unter zu grossem Druck entstehen mehr Fehler.

Hier müsste der zuständige Gemeinderat über seinen parteipolitischen Schatten springen und tatsächlich die entsprechende Stelle beantragen.

Nach Matthias Senn ist die Interpellation zum richtigen Zeitpunkt eingereicht worden. Die Tatsache, dass es eine politische Projektsteuerung gibt, hat nicht zur Folge, dass sich die Gemeinde nicht einbringen kann. Die Stimme der Gemeinde Kriens wird wahrgenommen. Bezüglich der personellen Ressourcen hat sich bewahrheitet, was Erich Tschümperlin gesagt hat. Man ist diesbezüglich sehr gefordert. Es ist sehr gut, dass man einen Bauverwalter einstellen konnte. Am 18. März 2013 tritt dieser seine Stelle an.

10. Postulat Hahn: Kein Fahrzeug „Made in China“ im Fahrzeugpark

Nr. 020/13

Martin Heini stellt fest, dass der Gemeinderat gegen die Überweisung opponiert.

Alex Hahn ist der Meinung, dass der Verfasser dieser Begründung seine Hausaufgaben nicht gemacht hat. Das Submissionsgesetz verbietet Offerten, die mit Dumpinglöhnen gemacht werden, ebenso Materialien, die unter gesundheitsschädlichen Bedingungen hergestellt werden. Bei H&M kostet ein T-Shirt Fr. 8.00. Hergestellt wird dieses T-Shirt im fernen Osten von Näherinnen. Diese Näherinnen fertigen in der Stunde bis zu 60 Kleidungsstücke, arbeiten in der Woche etwa 50 Stunden und verdienen im Monat ca. \$ 30.00. Dies gibt einen Stundenlohn von 15 Cents oder 14 Rappen. Die Näherinnen leben in Hütten in einem Raum, in einer Ecke wird gekocht, Wasser und Toiletten befinden sich ausserhalb der Hütte. Die Miete für eine solche Hütte beträgt ca. \$ 17.00. Somit setzen sich die Kosten für ein T-Shirt wie folgt zusammen: Die Lohnkosten für ein solches T-Shirt betragen 0,2 Rappen, der Rest beinhaltet Transportkosten, Materialkosten, Gewinn der Zwischenhändler und der Hauptgewinn von H&M. Der Sprechende hat grundsätzlich nichts gegen den Handel mit den fernöstlichen Part-

nern, er fordert in Asien einen gewissen, bescheidenen Wohlstand. Allerdings sollte man diesen Handel etwas aufmerksamer verfolgen. Es kann nicht sein, dass die Produktionsbetriebe in Europa bis zum Ruin konkurriert werden, analog Textilindustrie. Nun zum Automobil. In Australien hat man 2012 chinesische Fahrzeuge gefunden, in denen Dichtungen aus Asbest eingebaut waren. Asbest ist seit 2004 verboten. Es zeigt einfach, welche Mentalität die chinesischen Produzenten haben. Die Gesundheit ihrer Angestellten ist ihnen egal. Gemäss Submissionsbestimmungen § 16 öBG können Anbieter beispielsweise ausgeschlossen werden, wenn sie die Arbeitsschutzbedingungen nicht einhalten. Ebenso besagt dies die interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen § 11 lit. b. Vor Jahren hat ein Unternehmer, der die Submission gewann, Granitrandsteine aus China gekauft, die zweifelsfrei aus Steinbrüchen chinesischer Herkunft mit äusserst zweifelhaften Arbeitsbedingungen stammten. Nach Protesten wurden wieder Steine aus Europa gekauft, soviel zur sogenannten Submission. Alex Hahn fragt sich auch, ob der Verfasser des Berichtes so genau weiss, dass diese chinesischen Autos die billigsten sind. Es kann nicht sein, dass Automobilfabriken in Europa, wie beispielsweise Renault und Peugeot-Citroen tausende von Arbeitern entlassen müssen, weil sie dem fernöstlichen Konkurrenzdruck nicht mehr standhalten können. Spanien hat im Moment eine Arbeitslosenrate von mehr als 25 %. Europa steckt in einer Krise. Man sollte alles daran setzen, dass diese Krise so schnell wie möglich beendet wird. Auch die Schweiz gehört zu Europa, auch in der Schweiz produzieren unzählige Firmen Zubehörteile und Komponenten für die Automobilindustrie. Deshalb sollte vermehrt auf europäische Produkte gesetzt werden. Aus diesen Gründen bittet der Postulant, den Vorstoss zu überweisen.

Nach Lothar Sidler spricht für die Überweisung des Postulats, dass sich das Gemeinwesen antizyklisch verhalten sollte. Dasselbe besagt der Grundsatz „Ehret heimisches Werken und Schaffen“. Aber es gibt gesetzliche Grundlagen, nach denen die Gemeinde ihre Sachen zu beschaffen hat. Einerseits gilt es, das Beste für den entsprechenden Zweck zu beschaffen, andererseits besteht der Kostendruck. Was Alex Hahn bezüglich Ausschluss von Anbietern, welche die Arbeitsschutzbedingungen nicht einhalten, gesagt hat, wird stimmen. Allerdings müsste der Gemeinderat das in einem solchen Fall beweisen können und das wird schwierig. In der Regel sind die Anbieter Schweizer. Wenn der Gemeinderat die Abweisung des Postulats beantragt, heisst das nicht, dass man nun chinesische Autos kauft. Europäische Produkte werden ebenso geprüft.

Gemäss Judith Mathis, namens der CVP/JCVP/GLP-Fraktion, wurde in den letzten Tagen in der NLZ in verschiedenen Artikeln über die aufstrebende Autoindustrie Chinas berichtet. Man konnte lesen: „Bisher waren China-Autos billig, von schlechter Qualität und miserabler Sicherheit.“, dies eine Aussage des Autoexperten Ferdinand Dudenhöffer. Volker Steinwascher, Leiter der Automarke Qoros, sagt: „Wir wollen uns über die Qualität in Europa behaupten“. Dies sind Aussagen, die klar darauf hindeuten, dass die chinesische Autoproduktion ihre Hausaufgaben gemacht hat und den Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen von Europa nachgekommen sind. Das Preis-Leistungsverhältnis scheint zu stimmen. Judith Mathis versteht die Sorgen von Alex Hahn, wenn es um die schlechte europäische Wirtschaftslage geht. Sind andererseits nicht freies Unternehmertum, freie Marktwirtschaft und Wettbewerb Grundzüge der liberalen Politik und somit der FDP? Die Idee dieses Postulats mit der Einschränkung auf den europäischen Fahrzeugmarkt widerspricht ganz klar diesen Grundzügen. Die Gemeinde untersteht dem Submissionsgesetz, das einen Ausschlussgrund gar nicht erlaubt. Viel wichtiger erscheint der CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Zuschlagskriterien, die vom Gemeinderat festgelegt werden können. Mit den Zuschlagskriterien hat der Gemeinderat ein adäquates Instrument in der Hand, um beispielsweise auf sozial- und umweltverträgliche Produktion Wert zu legen, was im Fall von China sicher nicht ganz falsch ist. Die Sprechende glaubt nicht, dass es der kränkelnden europäischen Autoindustrie besser geht, wenn man versucht, den Wettbewerb zu unterbinden. Wettbewerb ermöglicht Entwicklung. Die europäische Auto-

industrie sollte angespornt sein, ebenfalls solche, im Vorstoss kritisierten Kleinlieferwagen zu entwickeln, deren Preis-Leistungsverhältnis stimmt. Zu erwähnen ist, dass die europäische Autoindustrie bereits sehr viele Autos nach China verkauft. Im Übrigen hat die Stadt Luzern gerade mal drei dieser chinesischen Kleinlieferwagen der Marke DFM, die anscheinend genau den erwünschten Bedürfnissen entsprechen. Die chinesische Autoflotte ist also noch überschaubar. Wenn es um die Anschaffung von Fahrzeugen für das Bauamt Kriens geht, hat die CVP/JCVP/GLP-Fraktion das Vertrauen in eine verantwortungsvolle Leitung, die kritisch hinterfragt, welche Kriterien ein Fahrzeug erfüllen muss, zu welchem Preis, in welcher Qualität und mit welchem Produktionshintergrund. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Paul Trüb hält einleitend fest, dass die SVP-Fraktion das Postulat ablehnt. Fahrzeuge „made in China“ werden teilweise aus europäischen Teilen hergestellt und schaffen damit auch Arbeitsplätze in Europa. Zudem ist es fraglich, ob dieses Postulat rechtlich korrekt umgesetzt werden könnte. Allerdings plädiert die SVP dafür, dass die Gemeinde Kriens bei der Vergabe von Aufträgen möglichst einheimische Firmen und Handwerker berücksichtigt. In der heutigen Zeit ist Protektionismus ein Griff in die Mottenkiste.

Brahim Aakti nimmt es vorweg, die SP/JUSO-Fraktion ist klar gegen eine Überweisung. Für sie ist das Wohl der Gemeinde wichtiger als das Wohl der europäischen Fahrzeugindustrie. Angesichts der schlechten Gemeindefinanzen darf man auch bei der Beschaffung der Fahrzeuge gerne sparen. Betrachtet man zusätzlich noch die Submissionsgesetzgebung, so fehlt nach dem politischen Willen auch die gesetzliche Grundlage, um dem Willen des Postulanten zu entsprechen. Davon abgesehen gibt es neben dem Kaufpreis noch andere wichtige Kriterien. So muss das Fahrzeug in erster Linie den gewünschten Anforderungen entsprechen. Und so verkleinert sich das Angebot auf vielleicht genau jene Marken aus China. Dürfte man aber nur noch Fahrzeuge aus Europa anschaffen, wäre damit niemandem gedient. Man sollte die freie Marktwirtschaft walten lassen, wie es sonst gerne von der FDP propagiert wird.

Bruno Bienz meint, dass Alex Hahn aufgrund seines Votums direkt bei den Grünen Platz nehmen könnte. Die Politik ist manchmal wie für Kinder ein Spiegellabyrinth. Man kommt nicht aus dem Staunen heraus. Heute staunt die Grüne/JG-Fraktion über die FDP. Sie steht für möglichst wenig Staat, freien Markt, Freihandelsabkommen, Gewinn dem Privaten usw. Jetzt kommt ein solcher Vorstoss daher. Das ist Protektionismus pur. Auf der einen Seite beschreibt die FDP China als Markt der Zukunft. Anscheinend aber nur in Richtung China. Wenn dann aber Güter aus China importiert werden, hört der Spass auf. Das ist glaubwürdige Politik. Im Grundsatz kann die Grüne/JG-Fraktion das Anliegen natürlich unterstützen. Sie hat sich immer für den Werkplatz Schweiz ausgesprochen. Auf die angesprochenen Punkte von Alex Hahn weist sie schon lange hin. Womit sie noch Mühe hat, ist die Antwort des Gemeinderates. Das ist jetzt innerhalb von vier Jahren der dritte Vorstoss betreffend Beschaffung. Im ersten Vorstoss, Postulat Nyfeler im Jahre 2008, hat der Gemeinderat darauf hingewiesen, dass ein Entwurf für eine Einkaufsweisung vorliegt. Dieser Entwurf ist anscheinend immer noch nicht fertig. Wie lange braucht man, um eine Weisung umzusetzen? Mit der Ablehnung des Postulats Hahn macht es sich der Gemeinderat sehr einfach. Er versteckt sich hinter die Submissionsgesetzgebung, wie bei den vorherigen Vorstössen auch schon. Alle diese Forderungen könnte/kann er in dieser fehlenden Weisung abhandeln. Daher werden die Grünen dieses Postulat überweisen, mit dem klaren Auftrag, endlich dieses Beschaffungsreglement zu erstellen. Sie erwarten in dieser Weisung ein klares Bekenntnis zum Werkplatz Schweiz und Kriens. Denn bei der freihändigen Vergabe ist ja vieles möglich. Ein solches Fahrzeug aus China würde vermutlich unter die freihändige Vergabe fallen, da die Auftragssumme sicher nicht mehr als Fr. 250'000.00 beträgt. Daher kann sich der Gemeinderat nicht hinter der Submission verstecken. Der Postulant muss sich aber auch der Realität stellen, und evtl. fest-

stellen, dass der Automarkt in Europa oder der Schweiz gar keine solchen Fahrzeuge mehr produziert. Zudem muss vielleicht gerade die FDP ihre Gemeinde-Finanzpolitik überdenken. Man kann nicht auf der einen Seite Kostensenkungen und Sparen bis auf die Zitronenschale fordern und danach, wenn es an den eigenen Geldbeutel geht, Heimatschutz fordern. Da braucht es für die Beschaffung finanziellen Spielraum. Die Grünen sind für die Überweisung des Postulates.

Gemäss Peter Portmann hat die Schweiz mit China ein Handelsbilanzüberschuss.

Nach Yanik Kloter werden die Globalisierungsbefürworter und Jünger des freien Marktes durch die angeblich nahende Bedrohung aus Fernost plötzlich zu Freunden des staatlichen Eingriffs in den Wettbewerb. Das ist an sich nicht sehr liberal, ist aber doch eine bemerkenswerte Entwicklung auf Seiten der FDP. Der Sprechende kann Alex Hahn aber auch gut verstehen und ist ebenfalls der Meinung, dass man bei der Anschaffung von Motorfahrzeugen den gesamten Markt sehr genau im Auge haben sollte. Für ihn sind jedoch Kriterien wie die Umweltverträglichkeit und die Sicherheit und nicht der Ersteller oder der Preis die wichtigsten Kriterien. Yanik Kloter vertraut diesbezüglich auf die Sorgfalt und die Kompetenz des Gemeinderates und der Mitarbeitenden der Gemeinde.

Alex Hahn stellt richtig, dass dieses Postulat von ihm und nicht von der FDP kommt. Man wird von den Chinesen übermässig konkurriert. In Amerika sieht man, wie langsam alles von China abhängig wird. Damit hat er ein Problem. Das Submissionsgesetz verbietet Dumpinglöhne. Sein Anliegen ist, dass man darauf achtet, was man kauft.

Michael Günter ist aufgefallen, dass im Titel des Postulats von keinen Fahrzeugen „made in China“ die Rede ist, im Text wird dann aber nur noch von Europa geschrieben. Wenn man heute die Autoindustrie anschaut, lebt diese vor allem von Beteiligungen und Zusammenarbeiten. Man kann das gar nicht kontrollieren, welche Firma schlussendlich welche Teile produziert. Auch amerikanische Fahrzeuge werden zum Teil in Europa hergestellt.

Martin Heiz arbeitet bei einem Konzern, der mit Ursprungserklärungen zu tun hat. Er möchte darauf aufmerksam machen, dass noch lange nicht überall, wo Schweiz drauf steht, auch nur Schweiz drin ist. Die Rohstoffe kommen beispielsweise eben aus China. Es hat sicher jeder, der hier sitzt mindestens ein Produkt dabei, das „made in China“ ist, sei es der Laptop oder das Natel. Auch in der Uhrenindustrie ist das gang und gäbe. Die Firmen sind darauf angewiesen, günstig einkaufen zu können. Es geht darum zu überleben.

Bruno Bienz ist der Meinung, dass Martin Heiz mit der Uhrenbranche das falsche Beispiel gebracht hat. Hayek hat genau das Gegenteil gefordert. Er produziert in der Schweiz mit Produkten aus der Schweiz.

Erich Tschümperlin weiss nicht, ob das legal ist, wenn die Firma das Produkt aus chinesischen Teilen zusammensetzt und es schlussendlich als „made in der Schweiz“ verkauft.

Räto Camenisch schliesst sich der Argumentation von Judith Mathis an.

Martin Heiz möchte sich noch für die Firma, bei der er arbeitet, rechtfertigen. Sie brechen keine Gesetze. Es kommt darauf an, wo die grösste Mehrwertschöpfung erfolgt. Jede günstige Uhr hat ein chinesisches Werk, sonst könnte man das gar nicht produzieren.

Abstimmung

Die Überweisung des Postulats wird mit 26:7 Stimmen abgelehnt.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Ráto	nein
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kloter, Yanik	nein
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfelner, Nicole	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

11. Postulat Meyer: Prüfung der Nachkommenserbsteuer in Kriens **Nr. 021/13**

Martin Heini stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss zu überweisen.

Peter Portmann opponiert der Überweisung.

Nach Pascal Meyer muss man sich nichts vormachen. Kriens steht auch nach der Steuererhöhung noch nicht auf sicheren Beinen. Es wird darum noch diverse Anpassungen am Status Quo des jetzigen Finanzplans geben müssen. Eine davon könnte die Einführung der Nachkommenserbsteuer in Kriens sein. Wer den Vorstoss genau gelesen hat, dem ist aufgefallen, dass er nur die Erhebung der Daten fordert und nicht die Einführung der Steuer. Aus den Gesprächen, welche der Sprechende nach der Eingabe des Postulates hatte, hat er

leider bemerken müssen, dass dieses Thema, so einfach es ist, viel höhere Wellen schlägt, als es von ihm beabsichtigt war. Aus seiner Sicht kann man, ob Pro oder Contra Nachkommenserbschaftssteuer, dieses Postulat überweisen. Der Entscheid, ob diese Steuer eingeführt wird, ist nicht Sache des Postulats. Das Postulat bringt Fakten. So einfach ist das. Und doch gibt es kritische Stimmen gegenüber des Vorstosses. Der Postulant kann das verstehen. Aber bei all den kritischen Voten, die jetzt dann folgen werden, muss man bedenken, dass durch die Einnahmen, welche diese Steuer generieren würde, weitere teilweise drastische Sparmassnahmen abgeschwächt werden könnten. Es wäre also insofern ein willkommenes Polster. Wird heute die Prüfung dieser Steuer verhindert, wird das Budget 2014 von ungleich härteren Sparmassnahmen torpediert. Eines ist klar: Wird die Überweisung dieses Postulates heute abgelehnt, wird es diese Steuer in diesem Jahr nicht einmal in die Budgetplanung schaffen. Pascal Meyer fordert, dass der Gemeinderat in der Budgetplanung 2014 auf diese Steuer verzichtet, wenn die Erhebung der Fakten heute verhindert wird.

Rolf Schmid führt aus, dass die CVP/JCVP das Anliegen von Pascal Meyer versteht, auf Grund der finanziellen Schieflage der Gemeinde Kriens zu prüfen, welche Erträge die Wiedereinführung der Nachkommenserbschaftssteuer bringen würde. An der Urnenabstimmung vom 2. Juni 2002 hat das Krienser Stimmvolk mit 62% JA-Stimmen für die Abschaffung dieser Steuer gestimmt. Im Vorfeld der damaligen Abstimmung votierte die CVP/JCVP-Fraktion im Einwohnerrat klar für die Beibehaltung der Nachkommenserbschaftssteuer, die in Kriens 1920 eingeführt worden war. Auch wenn der Einwohnerrat am 27. September 2012 den Planungsbericht „Finanzielle Entwicklung und Steuerung der Gemeinde Kriens“, in welchem die Wiedereinführung der Nachkommenserbschaftssteuer per 1. Januar 2014 vorgesehen ist, zur Kenntnis genommen hat, heisst das nicht, dass eine Einführung schon abgesegnet ist. Wie viel die Wiedereinführung der Gemeinde bringen würde ist allseits bekannt. Auch wenn nun in Kriens „jeder Rappen zählt“, will die CVP/JCVP nicht barsch werden und dem Krienser Stimmvolk in den Rücken fallen. Sie respektieren den Volksentscheid vom 2. Juni 2002 und lehnen deshalb die Überweisung des Postulats Meyer zur Prüfung der Nachkommenserbschaftssteuer ab, auch wenn sie im demokratischen Rechtsstaat einem jeden das Recht zugestehen, Fragen zu stellen und nach Fakten zu fragen.

Gemäss Peter Portmann zählt der Kanton Luzern 83 Gemeinden. Davon kennen 42 Gemeinden die kommunale Nachkommenserbschaftssteuer. In der Agglomeration Luzern kennen nur die Gemeinde Adligenswil und die Stadt Luzern die Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen. Bevor die Gemeinde Kriens die Erbschaftssteuer abschaffte, lag die Freigrenze bei Fr. 2'000.00. Das brachte der Gemeinde Kriens um die Fr. 250'000.00 an Erbschaftssteuern pro Jahr ein. Inzwischen hat der Kanton den Freibetrag auf Fr. 100'000.00 erhöht. Auch wenn die Einführung der Erbschaftssteuer im Budget 2014 diskutiert werden soll, wird sich die SVP gegen deren Einführung um jeden Preis wehren. Es kann nicht sein, dass im Budget 2013 dem Bürger eine Steuererhöhung von 1/10 abverlangt wird. Im Budget 2014 wird die Erbschaftssteuer eingeführt und schlussendlich macht die Gemeinde Kriens im Budget 2015 wieder die hohle Hand und will mit einer weiteren Steuererhöhung von 1/20 bis 1/10 den Steuerzahler wieder zur Kasse bitten. Solche Machenschaften grenzen bald einmal an Diebstahl. Es trifft nicht zu, dass die Nachkommenserbschaftssteuer nur die Reichen entlastet, wie die Linken immer gerne behaupten. Diese Steuer belastet vor allem die KMU-Betriebe, die Wohnungseigentümer und den Mittelstand. Die Reichen kommen wegen der zu hohen Steuerbelastung gar nicht mehr nach Kriens und können sich eine Wohnsitzveränderung problemlos leisten. Die SVP-Fraktion ist gegen die Überweisung des Postulates.

Nach Roger Erni ist die FDP-Fraktion geschlossen gegen die Überweisung des Postulates. Sie hat sich bereits anlässlich des Planungsberichtes und im Zuge der Budgetdebatte klar gegen eine allfällige kommunale Erbschaftssteuer ausgesprochen. Am 15. Februar ist auf

Bundesebene die Initiative "Erbstehrssteuerreform" eingereicht worden. Wird diese Initiative angenommen, geht die Kompetenz, Erbschafts- und Schenkungssteuern zu erheben, von den Kantonen auf den Bund über (neuer Art. 129a BV). Schon vor ihrer Einreichung hat die Initiative Wirkung entfaltet, weil sie eine umstrittene Rückwirkungsklausel enthält. Wird die Initiative angenommen, würden Schenkungen bereits ab dem 1. Januar 2012 dem Nachlass zugerechnet und damit besteuert. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass eine Nachkommenserbschaftssteuer unfair und nicht gerechtfertigt ist. Das Geld der Erbschaft wurde vorher schon jahrelang zunächst als Einkommen, dann unter dem Vermögen versteuert und wird auch vom Nachkommen wieder als Vermögen versteuert. Mit einer Nachkommenserbschaftssteuer würde dieses Geld somit mehrfach versteuert. Das Postulat wird, wie eingangs gesagt, abgelehnt.

Peter Fässler hält einleitend fest, dass der Postulant die Prüfung der Erträge einer allfälligen Nachkommenserbschaftssteuer in Kriens fordert. Diese Forderung entstand aus der katastrophalen Finanzlage der Gemeinde. Der Gemeinderat weisst in seiner Antwort auf den Planungsbericht „Finanzielle Entwicklung und Steuerung der Gemeinde Kriens“ vom letzten Jahr hin. Dieser beinhaltet die Absicht, die Wiedereinführung der Nachkommenserbschaftssteuer zu prüfen. Die SP/JUSO-Fraktion kann sich dieser Forderung des Postulanten und der Absicht des Gemeinderates anschliessen. Die Finanzlage der Gemeinde Kriens erfordert die Prüfung aller Möglichkeiten, die zur besseren und zur zukunftsweisenden Handlungsfähigkeit des Gemeinwesens beiträgt. Die Nachkommenserbschaftssteuer ist eine faire Steuer, weil sie Leistungen besteuert, die von den Erben nicht selbst erbracht wurden. Ähnlich wie Lottogewinne, die einem unverhofft in den Schoss fallen. Die SP/JUSO ist der Meinung, dass es wirtschaftlich sinnvoll und gerecht ist, dass Erbschaften wie Arbeitseinkommen besteuert werden. Damit wird niemandem etwas vom Staat weggenommen, das er bereits besessen hat. Im Übrigen wäre dies keine neue Steuer. Bis im Jahr 2001 war diese Steuer ein Bestandteil der Finanzeinkünfte der Gemeinde Kriens. Dass in einer solch schwierigen finanziellen Lage die Wiedereinführung dieses Instruments geprüft wird, zeugt von einer vernünftigen und zukunftsgerichteten Sichtweise. Klar hat auch diese Nachkommenserbschaftssteuer ihre Knackpunkte. Auswirkungen, insbesondere die Entstehung möglicher Härtefälle, müssten bei einer allfälligen Einführung gut geprüft und Möglichkeiten zur Vermeidung gefunden werden. Aber im jetzigen Zeitpunkt geht es nur darum, zu prüfen, wie viel Ertrag eine solche Massnahme der Gemeindekasse einbringen würde. Das findet die SP/JUSO-Fraktion sinnvoll. Das Thema Erbschaftssteuer wird übrigens auch auf nationaler Ebene aktuell. Die eidgenössische Volksinitiative "Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbstehrssteuerreform)" der SP Schweiz wurde am 15. Januar 2013 bei der Bundeskanzlei eingereicht. Nähere Informationen sind auf der Homepage der SP Schweiz abrufbar. Aus den erläuterten Gründen ist die SP/JUSO-Fraktion für die Überweisung dieses Postulates.

Nach Erich Tschümperlin möchte Pascal Meyer wissen, von wie viel man denn sprechen würde. Er appelliert im Rahmen der Effizienz an den Einwohnerrat, das Postulat zu überweisen. Sonst wird die Frage nämlich als Interpellation eingereicht.

Gemäss Martin Heiz hatte man im Jahr 1998 die höchsten Einnahmen. Wenn sich Pascal Meyer orientiert hätte, hätte er in der Abstimmungsbotschaft vom 22. Juni 2002 nachlesen können, wie hoch die Erträge in etwa sind.

Räto Camenisch will gar nicht wissen, wie hoch allfällige Erträge wären, weil er die Nachkommenserbschaftssteuer so oder so nicht will.

Erich Tschümperlin ist klar, dass die SVP die Nachkommenserbschaftssteuer nicht will. Der Vorwurf an Pascal Meyer, er hätte die Abstimmungsbotschaft von vor 10 Jahren lesen können, findet er nicht in Ordnung.

Pascal Meyer wird eine Interpellation mit den Fragen einreichen, wenn das Postulat heute nicht überwiesen wird.

Nach Michael Günter hat Pascal Meyer in seinem Votum auch gesagt, dass er davon ausgeht, dass der Gemeinderat in der Budgetplanung 2014 auf diese Steuer verzichtet, wenn die Erhebung der Fakten heute verhindert wird.

Gemäss Cyrill Wiget ist es die Aufgabe des Gemeinderates, ausgeglichene Finanzen zu präsentieren. Für das Jahr 2014 wurden Fr. 800'000.00 Korrekturmassnahmen in Aussicht gestellt. Fr. 200'000.00 davon wollte man mittels Nachkommenserbschaftssteuer einnehmen. Wenn der Einwohnerrat heute die Überweisung des Postulats ablehnt, akzeptiert der Gemeinderat das und schreibt keinen Bericht. Somit gibt es keine inhaltliche Debatte. Auch der Einwohnerrat ist für ausgeglichene Finanzen verantwortlich. Die Aussage, dass KMU's zerstört werden sollen, kann der Sprechende nicht nachvollziehen, handelt es sich doch um eine 1 %-Steuer. Die Liberalen sagen, dass man prinzipiell schon gar nicht darüber reden darf. Das überrascht ihn, weil ebenfalls die Liberalen sagen, dass die Leistung und nicht der Stand zählt.

Erich Tschümperlin hat bewusst auf eine inhaltliche Debatte verzichtet. Er möchte, dass es trotzdem einen Bericht gibt, über den dann die inhaltliche Debatte geführt werden kann.

Nach Cyrill Wiget macht es keinen Sinn, eine inhaltliche Debatte zu führen, wenn der Einwohnerrat schon heute sagt, dass die Nachkommenserbschaftssteuer keine Chance hat. Die Gemeinde Kriens hat keine personellen Ressourcen für solche Spiele.

Abstimmung

Die Überweisung des Postulats wird mit 22:10 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	Enthaltung
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Mara	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	nein
Heiz, Martin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kloter, Yanik	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein

Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	nein
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

Schluss

Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 25. April 2013 statt. In der Zwischenzeit kann man den Frühling, die politische Frühlingspause und die Osterferien geniessen und etwas ausspannen.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Neuhof.

Die Sitzung schliesst um 18:40 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:

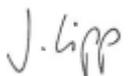

Martin Heini

Der Gemeindeschreiber:


Guido Solari

Die Protokollführerinnen:


Petra Burkhart


Janine Lipp